



LE CONSEIL RHÉNAN
DER OBERRHEINRAT

DER OBERRHEINRAT

PLENARVERSAMMLUNG

Freitag, 7. Juni 2019

10.07 Uhr – 13.06 Uhr

Maison de la Région Grand Est, Straßburg

(Großer Saal)

Sitzungsprotokoll

TAGESORDNUNG

-
1. Begrüßung der Teilnehmenden und Genehmigung der Tagesordnung
 2. Ergänzungswahlen von neuen Vorstandsmitgliedern
 3. Genehmigung des Protokolls der Plenarsitzung vom 3. Dezember 2018
 4. Stellungnahmen zu den Beschlüssen des Oberrheinrats vom 3. Dezember 2018
 5. Resolutionen auf Vorschlag des Vorstands

Resolution: „Künstliche Intelligenz, Streben und Potenzial des Oberrheins“

- Dr. Jean ROTTNER, Präsident der Region Grand Est (Video)
- Lilla MERABET, Vize-Präsidentin der Region Grand Est für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Digitalisierung

Resolution: „Anpassung an den Klimawandel: Dringlichkeit einer Oberrhein-Strategie für eine Resilienz begünstigende Wasserwirtschaft und Naturverwaltung“

- Dr. Andre BAUMANN, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
- Dr. Gian-Kasper PLATTNER, Leiter Forschungsprogramm am Eidgenössischen Institut für Wald, Schnee und Landschaft

6. Arbeiten und Resolutionentwürfe der Kommissionen

6.1. Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Gesundheit

6.2. Kommission Landwirtschaft-Umwelt-Klima-Energie

Resolution: „Grundwasserschutz im Oberrheingraben sicherstellen“

- Marie-France VALLAT, Mitglied des Departement-Rats Haut-Rhin

6.3 Kommission Verkehr-Raumordnung-Katastrophenhilfe

Resolution: „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen im Grenzraum CH-D-F am Oberrhein“

Resolution: „Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen am Oberrhein“

6.4. Kommission Kultur-Jugend-Bildung-Sport

Resolution: „Allgemeine Hindernisse bei grenzüberschreitenden Sportveranstaltungen“

Resolution: „Einrichtung eines Sportfonds am Oberrhein für Projekte mit geringem Finanzvolumen“

Resolution: „Olympische Spiele Paris 2024“

Resolution: „Weiterentwicklung des Museums-PASS-Musées“

7. Die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Strategie 2030 - INTERREG VI TMO)

Aktuelles aus der Oberrheinkonferenz

- Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin Freiburg

8. Aktuelles über die Arbeit der Oberrheinkonferenz

Aktuelles aus der Oberrheinkonferenz

- Werner SCHREINER, Vize-Präsident der Oberrheinkonferenz

9. Verschiedenes

12.30 Uhr - 13.30 Uhr: Mittagsbuffet

TEILNEHMENDE

Delegation Baden-Württemberg:

Alexander Becker, Josef Frey, Marion Dammann, Sabine Hartmann-Müller, Martin Horn, Nicole Horstkötter, Toni Huber, Jürgen Keck, Dr. Martin Kistler, Rüdiger Klos, Joachim Kößler, Dr. Frank Mentrup, Margret Mergen, Reinhold Pix, Gabi Rolland, Barbara Saebel, Robert Schmidt, Alexander Schoch, Dr. Christoph Schnaudigel.

Delegation Rheinland-Pfalz:

Matthias Ackermann, Theo Kautzmann, Christine Schneider, Wolfgang Schwarz.

Delegation Grand Est:

Daniel Adrian, Rémi Bertrand, Etienne Burger, Christian Debeve, Marie-Hélène De Lacoste-Lareymondie, Claudine Ganter (Präsidentin), Marianne Horny-Gonier, Evelyne Isinger, Frédéric Pfliegersdoerffer, Pascale Schmidiger, Marie-France Vallat, Huguette Zeller.

Delegation der Nord-West-Schweiz:

Roland Agustoni, Hans Büttiker, Dr. Christoph Hänggi, Andrea Knellwolf, Monika Kornmayer-Hoff, Heinz Lerf, Christian Moesch, Dr. Heinrich Überwasser, Daniel Vulliamy, Dr. Christian von Wartburg.

Referenten:

Dr. Andre Baumann, Lilla Merabet, Dr. Gian-Kasper Plattner, Bärbel Schäfer, Werner Schreiner.

Verwaltung:

Hubert Beeres, Stefan Böhm, Corinne Bourger, Rebecca Braun, Tobias Fahrländer, Lionel Gresse, Dr. Patrice Harster, Reinhard Hönle, Lionel Kinderstuth, Stéphanie Lembre, Dominique Lorrette, Frédéric Messineo, Franck Rotter, Daniel Schäfer, Nicolas Störmer, Oliver Stumpf, Antoine Trotet.

1. Begrüßung der Teilnehmenden und Genehmigung der Tagesordnung

Frau Claudine GANTER:

Meine Damen und Herren Mitglieder des Oberrheinrats, ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit, insbesondere Herrn Staatssekretär Dr. BAUMANN, der in Kürze hier sein sollte; Frau Regierungspräsidentin SCHÄFER, die später auch unter uns sein sollte sowie Herrn SCHREINER als Vize-Präsident der Oberrheinkonferenz; ich begrüße auch die Herren Oberbürgermeister von Karlsruhe und Freiburg sowie alle weiteren Anwesenden. Vielen Dank für Ihre heutige Präsenz!

Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, Sie mit meinen im Raum anwesenden Kolleginnen und Kollegen vom Regionalrat hier in Straßburg in unserem großen Saal zu dieser Plenarsitzung empfangen zu dürfen; die vorherige Plenarsitzung im Jahr 2015 fand noch unter dem Vorsitz von Philippe RICHERT statt. Unser gegenwärtige Präsident, Dr. Jean ROTTNER, bedauert, dass er heute nicht dabei sein kann, wird aber in wenigen Augenblicken über den Bildschirm einen Willkommensgruß an Sie richten.

Ich möchte Ihnen zunächst allen für Ihre heutige Anwesenheit danken, die von unserem zuverlässigen und beständigen Engagement für die Zusammenarbeit im Oberrheinraum zeugt, diesem gemeinsam gelebten grenzüberschreitenden Raum, der uns täglich beflügelt.

Mein Dank richtet sich auch an unsere Gäste, im Besonderen an meine Kollegin, Frau Lilla MERABET, Vize-Präsidentin der Region Grand Est sowie an all diejenigen, die für die gute Organisation dieser Sitzung gesorgt haben, nämlich die Dolmetscherinnen, Beamten und Mitarbeiter der Region Grand Est und anderer Verwaltungen. Auch möchte ich diesen Dank auf die Vertreter der Presse und Medien ausdehnen für Ihre Präsenz und die Berichterstattung über unsere Arbeit. Dabei möchte ich die Wichtigkeit der Arbeit unserer Versammlung hervorheben, von der maßgebende Impulse für wesentliche Angelegenheiten in unserem gemeinsamen Gebiet ausgehen.

Die Geschehnisse der letzten Monate auf politischer Ebene beweisen die hohe Bedeutung der grenzüberschreitenden Dimension, die uns verbindet, die wir sozusagen in unserer DNA tragen. Außerdem freue ich mich ganz besonders über die baldige Einrichtung eines ständigen Sekretariats des Oberrheinrats, das unter anderen wesentlichen Aufgaben die Tätigkeit unseres Gremiums unterstützen soll und nicht nur die Menge der Arbeit des Oberrheinrats sondern auch deren Qualität besser bekannt machen soll.

Die Herausforderungen vor denen wir auf beiden Seiten der Grenzen stehen erfordern von uns eine gemeinsame, ganzheitliche Zukunftsvision. Es liegt in unserer gemeinsamen Berufung, dass wir uns im regionalen Ansatz auf gemeinschaftliche Weise immer mehr austauschen, beraten und absprechen. Das ist auch das Leitbild, das uns anspornt, hier in der Region Grand Est – wie wir es vorhin in der Vorstandssitzung angesprochen haben. Ich muss hier an unsere jüngste Vereinbarung mit den drei deutschen Ländern denken, über die gemeinsame Anschaffung von 30 gemeinsamen Zügen i.H.v. 370 Mio. Euro für 9 gemeinsame Eisenbahnlinien bis 2024. Ich darf an dieser Stelle Herrn SCHREINER danken, der eine der wesentlichen Triebkräfte gewesen ist, wie auch Du, Evelyne, die mir gegenüber sitzt.

Die Region Grand Est hat sich außerdem an über 65 Projekten seit 2015 beteiligt, womit unser Interesse an diesem europäischen und befreundeten Nachbarraum, der sich über 750 km erstreckt, erwiesen ist.

Heute wird es u.a. um Zusammenarbeit auf Ebene dieses grenzüberschreitenden Raums gehen. Da ist ein Thema für das wir uns hier in der Region Grand Est stark machen, weil wir wissen, dass es einen tiefen Wandel in unseren jeweiligen Gesellschaften bewirken wird. Daher ist es unbedingt erforderlich, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, damit wir auf geschlossene Weise vorankommen.

Der Problembereich Klima-Erwärmung und Umweltschutz mit der dringenden Notwendigkeit gemeinsam zu handeln, weil wir gemeinsam stärker sind, wird heute auch behandelt werden.

Abschließend wollen wir den Abschluß der Strategie 2030 der Trinationalen Metropolregion Oberrhein hervorheben, die unsere Ambitionen zur Wirklichkeit werden lassen soll. Bei der Gelegenheit möchte ich mich auch bei Frau Regierungspräsidentin Bärbel SCHÄFER sowohl für ihre bedeutende Koordinierungsarbeit bedanken, wie auch für das INTERREG-Programm und die Perspektiven der kommenden Programmplanungen an denen wir noch vorgestern gearbeitet haben.

„Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher“. Über dieses Zitat von Jean Monnet, möchte ich das Engagement unterstreichen, welches das mehr denn je notwendige Engagement für Europa untermauert, aber auch unser eigenes Engagement. Darin liegt eine der größten Stärken des Oberrheingebiets und zwar in seiner grenzüberschreitenden und europäischen Dimension. Diese Besonderheit macht aus unserem Kooperationsraum ein Gebiet der Herausforderungen, in dem die Grenzen keine Hindernisse mehr sind, sondern wahrhaftige Chancen im Sinne einer gemeinsamen konstruktiven Weiterentwicklung – nicht nur für uns, sondern vor allem auch für die kommenden Generationen. Ich möchte ihnen nun vorschlagen, die Ansprache unseres Präsidenten, Jean ROTTNER, anzuhören.

Herr Dr. Jean ROTTNER (*Video-Ansprache*):

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, obwohl ich heute nicht anwesend sein kann, – und das bedauere ich zutiefst –, möchte ich mich dennoch auf diesem Wege mit einigen Worten an Sie wenden und Sie anlässlich dieser Plenarversammlung, der ersten unter dem Vorsitz von Claudine GANTER, hier am Sitz der Region Grand Est in Straßburg begrüßen. Zunächst möchte ich die besondere Wertschätzung betonen, die ich der Arbeit des Oberrheinrats entgegenbringe, der ein unentbehrliches Forum für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein ist, als Ort für Treffen, Austausch, Diskussionen und Konstruktionen zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen in unserer grenzüberschreitenden Region.

Die Themenkreise an der Tagesordnung der heutigen Begegnung sind ein perfektes Beispiel dafür mit Themen, die für unsere Gebietskörperschaften, für unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen von zentraler Bedeutung sind. Energiewende, Mobilität, Digitalwende und künstliche Intelligenz (KI), um nur einige zu nennen, sind Themen, die eine kollektive Verpflichtung voraussetzen und für die wir uns noch mehr einsetzen müssen. Es sind vor allem Themen, an denen wir die Erwartungen unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen in vollem Maße ermessen können.

Die wirkenden Übergangskräfte stellen unsere Gebiete auf beiden Seiten der Grenze vor erhebliche Herausforderungen. Diese vorherzusehen, diese zu begleiten, aber auch im Geiste der Synergie und der Komplementarität anzuregen, ist eine Chance, die ein jeder von uns, die wir alle ergreifen müssen. Sie beinhalten eine gewaltige Hebelwirkung, um neue gemeinsame Entwicklungsmodelle zu entwerfen. Diese zu erdenken und vor allem zu verwirklichen kann zu einem entscheidenden Vorteil werden, wenn man den politischen Willen dazu hat; Sie dürfen mir

glauben, dass meiner in dieser Hinsicht unerschütterlich ist. Unsere Gebiete waren schon immer Vorreiter, wenn es um Innovation und Experimente ging. Wir wußten geeignete Lösungen zu finden, um die Entwicklung zu fördern, um die Errungenschaften Europas für unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen noch konkreter, noch faßbarer und noch wirksamer zu gestalten.

Noch nie war unsere Zusammenarbeit insgesamt so weitreichend und so entscheidend für die Zukunft unseres Oberrheingebiets wie heute. Unser Wille, voranzukommen, war noch nie so offensichtlich. Die Dynamik ist vorhanden und diese positive Dynamik verpflichtet uns dazu, noch weiter zu gehen, um gemeinsam in einem Aufgebot aller tragenden Kräfte ausgeklügelte Lösungen zu erarbeiten und aus unserem Grenzraum einen gemeinsamen und geteilten Erfolg zu machen.

Grenzen in Vorteile zu verwandeln ist das zentrale Anliegen eines gesunden Wettbewerbs. Dies müssen wir voll ausnutzen und auf dieser Aufgeschlossenheit aufbauen. Wir müssen sie begleiten, sie heute vergrößern, um zwischen unseren Regionen ein konkretes, leibhaftiges und nützliches Europa aufzubauen, ein Europa der starken Bindungen. Da liegt unsere Chance! Vielen Dank.

2. Ergänzungswahlen neuer Vorstandsmitglieder

Frau GANTER:

Ich schlage jetzt vor, dass wir zu unserer Arbeit kommen. Sie haben alle die Tagesordnung erhalten. Keine Fragen, Ergänzungen? Können wir den ersten Punkt der Tagesordnung vornehmen? Wir möchten Ihnen verschiedene Änderungen vorschlagen. Einige Mandatsträger verlassen uns und andere kommen hinzu.

Herr Josha FREY:

Unsere Kollegin Sylvia FELDER wurde zur Regierungspräsidentin nach Karlsruhe bestellt und hat somit ihr Mandat im Landtag abgegeben. Wir gratulieren hier ganz herzlich dafür. Deswegen war ein Nachfolger von der deutschen Delegation zu bestellen. Wir schlagen Ihnen meinen sehr geschätzten Kollegen Joachim KÖSSLER vor, der heute auch da ist und wünschen ihm genau so erfolgreich zu arbeiten, wie seine Vorgängerinnen es getan hat.

Frau GANTER:

Danke. Herzlich willkommen, Herr KÖSSLER! Vielleicht möchten Sie sich erheben, damit man Sie sieht und einige Worte zu uns sprechen.

Herr Joachim KÖSSLER:

Mein Name ist Joachim KÖSSLER. Mein Wahlkreis liegt im Norden von Karlsruhe und erstreckt sich über 60 km sozusagen schlauchförmig nach Osten. Ich bin seit 2006 im Landtag. Ich war vorher Leiter der Filiale der Deutschen Bundesbank in Karlsruhe. Ich habe mit dem Euro sehr viel zu tun gehabt und war bei der Euro-Einführung leitend tätig. Ich kümmere mich im Landtag Baden-Württemberg um Finanzen und insbesondere um Europa-Politik. Der Kollege FREY hat es schon gesagt: Ich bin Sprecher für Europa und Internationales meiner Fraktion. Mir liegt die Zusammenarbeit am Oberrhein am Herzen. Ich denke, wir müssen in Zukunft sehr viele Dinge gemeinsam tun. Die Präsidentin hat Künstliche Intelligenz und Digitalisierung genannt. Das werden wir in Zukunft nur gemeinsam bewältigen und die Aufgaben, die nahe an der Grenze liegen, müssen wir natürlich gut miteinander gestalten. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Herr KÖSSLER. Ist jemand dagegen, dass Herr KÖSSLER zu uns in den Oberrheinrat kommt? Dies ist nicht der Fall. Vielen Dank. Wir wünschen Ihnen einen guten Start, eine gute Einarbeitung!

Ich muss nun eine Änderung für die Region Grand Est bekannt geben. Frau Virginie JORON möchte sich vom Oberrheinrat zurückziehen und ihren Platz an Frau Marie-Hélène DE LACOSTE-LAREYMONDIE geben, die innerhalb der Region Grand Est im Ausschuss Verkehr und Mobilität tätig ist, sowie im Ausschuss, der sich mit Engagement, Bürgerschaft und Gleichstellung zwischen Männern und Frauen befaßt.

Frau Marie-Hélène DE LACOSTE-LAREYMONDIE:

Als Lateinlehrerin werde ich Ihnen dennoch eine Ansprache auf Latein ersparen. Ich bedanke mich bei Frau GANTER für die Vorstellung. Ich bin stolz und glücklich, an den Platz von Frau JORON zu treten und mich angesichts der Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit den Arbeiten der Region Grand Est im Oberrheinrat anschließen zu dürfen.

Frau GANTER:

Hat jemand etwas dagegen einzuwenden, dass Frau LAREYMONDIE zu uns kommt? Nein. Dann wünschen wir einen guten Start und eine gute Einarbeitung! Ich möchte auch bekannt geben, dass Herr BRODBECK sich zurückzieht. Er verläßt den Oberrheinrat, weil er zu neuen Aufgaben berufen wird, aber sein Nachfolger wurde noch nicht ernannt. Das werden wir also demnächst erfahren. Ich möchte auch Frau SCHNEIDER begrüßen. Vielen Dank, dass Sie heute unter uns sind: Es ist Ihre letzte Tagung im Oberrheinrat, denn sie wurden mit Glanz zur Europa-Abgeordneten gewählt. Ich gratuliere Ihnen dazu und danke Ihnen vielmals für das Engagement, das Sie bis heute an den Tag gelegt haben. Ich weiß allerdings, dass Sie es fortsetzen werden.

3. Genehmigung des Protokolls der Plenarsitzung vom 3. Dezember 2018

Der nächste Punkt betrifft die Zustimmung zum Protokoll der Plenarsitzung vom 3. Dezember 2018. Gibt es dazu Anmerkungen? Keine. Wir können also davon ausgehen, dass dieses Protokoll endgültig gebilligt ist.

4. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Oberrheinrats vom 3. Dezember 2018

Alle diese Resolutionen befinden sich in Ihrer Tischvorlage und Sie konnten sie zur Kenntnis nehmen. Ich rufe sie in Erinnerung. Es gab folgende Antworten dazu:

- von der Nordwestschweizer Regierungskonferenz vom 10. April;
- vom Bundesamt für öffentliche Gesundheit vom 21. März;
- von der Präfektur der Region Grand Est vom 25. Februar über Gesundheit;
- von der Region Grand Est vom 3. April über Verkehrsfragen;
- vom Departement-Rat Haut-Rhin vom 1. März über den Elysee-Vertrag und Verkehrsfragen;

- vom Ministerium für den ökologischen und solidarischen Wandel vom 3. April über Fessenheim;
- vom Land Baden-Württemberg vom 7. April über den Elysee-Vertrag und Verkehrsfragen; Sie haben dazu eine neue französische Übersetzung.

Gibt es zu diesen Punkten Kommentare? Keinen? Sollen wir sie einzeln vornehmen? Dies ist nicht der Fall. Ausgezeichnet. Wir können also davon ausgehen, dass diese Stellungnahmen berücksichtigt werden. Ich danke Ihnen.

5. Resolutionen auf Vorschlag des Vorstands

Resolution: „Anpassung an den Klimawandel: Dringlichkeit einer Oberrhein-Strategie für eine Resilienz begünstigende Wasserwirtschaft und Naturverwaltung“

- Dr. Andre BAUMANN, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Ich danke Ihnen, Herr Staatssekretär, für Ihre Anwesenheit. Wir freuen uns jetzt schon darauf Ihren Vortrag zu hören, denn wir wissen wie dringend es ist, dass wir uns einsetzen und handeln. Der Vorstand möchte eine Resolution dazu vorschlagen, die anschließend in der geeigneten Kommission überprüft werden kann.

- PPT-Präsentation : „Oberrhein im Wandel: Anpassung an den Klimawandel“

Herr Dr. Andre BAUMANN:

Dass wir uns hier im Oberrheingraben auf den Klimawandel vorbereiten müssen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir haben, sowohl den Klimaschutz in unserer Region zu betreiben, als auch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel durchzuführen. Wir sind hier im Oberrheingraben in einer wärmebegünstigten Region, einer der schönsten Europas. Ich komme auch aus dem Oberrheingraben. Wir werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine weitere Verschärfung des Klimawandels in unserer Region auf allen Seiten des Rheins erleben. Es ist eine große Aufgabe, gerade im Bereich der Wasserwirtschaft, uns darauf vorzubereiten.

Das Land Baden-Württemberg hat seit den neunziger Jahren Anpassungsmaßnahmen durchgeführt und wir haben ein gemeinsames Projekt mit Rheinland-Pfalz, Bayern und dem Deutschen Wetterdienst durchgeführt: das Projekt KLIWA. Wir haben in diesem Bundesländer- und fachübergreifenden Projekt herausgearbeitet, welche Herausforderungen für die Wasserwirtschaft, für unsere Gewässer im Oberrheingraben, für die Wasserversorgung und für den Hochwasserschutz auf uns zukommen werden.

Das Klima wird sich in den nächsten Jahren verändern. Es wird im wärmebegünstigten Oberrheingraben deutlich wärmer. Es wird mehr heiße Tage geben und es wird in den kommenden Jahrzehnten auch eine Zunahme der Starkregenereignisse geben.

Das Land Baden-Württemberg hat, um den Klimaschutz voranzutreiben, ein Klimaschutzgesetz während der letzten Legislaturperiode mit großer Mehrheit des Parlaments auf den Weg gebracht. Wir werden in diesem Jahr das Klimaschutzgesetz fortschreiben. Das ist der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen in Baden-Württemberg. Das ist auch eine der Maßnahmen, um die

Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Teil des Klimaschutzgesetzes ist auch, dass wir Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen durchführen. Diese werden auch konzeptionell hinterlegt.

Nun zum Projekt KLWA. Wichtig ist im Bereich des Hochwasserschutzes, dass wir den Gewässern genügend Raum geben, damit sie sich im Falle eines Hochwassers auch ausbreiten können. Wir müssen uns auch wappnen, dass bei Siedlungsentwicklungsmaßnahmen, dieser Raum den Gewässern weiterhin gegeben wird. Das ist eine der wichtigen Maßnahmen. Wichtig ist auch die Hochwasservorhersage. Wir müssen sie insbesondere an kleinen und mittleren Gewässern verbessern und die Gemeinden auf Hochwasser vorbereiten. Wichtig ist auch, den technischen und ökologischen Hochwasserschutz weiter voranzutreiben. Alarmdienste sind also sehr wichtig und wir haben auch entsprechende Modelle entwickelt.

Wir haben bei den technischen Hochwasserschutzmaßnahmen auch einen Klimafaktor eingeführt. Wir haben auch auf die Hochwasserschutzmaßnahmen projiziert, dass durch die höheren Hochwasser gerade an mittleren und kleineren Gewässern eine erhöhte Hochwasserspitze da ist. Sie erhalten auch in der Regel einen kleinen Klimazuschlag, damit unsere technischen Hochwasserschutzmaßnahmen auch klimawandelfest sind.

Bei dem Thema Grundwasser und Grundwasserneubildungsrate haben wir herausgefunden, dass es eine leichte Mediterranisierung unseres Klimas im Oberrheingraben geben wird. In den nächsten Jahren werden zwar die Sommerniederschläge sich nicht groß verändern, aber tendenziell werden sie geringer werden. Es gibt längere Dürreperioden. Gerade wenn man viel Wasser braucht. Wir merken es auch in den vergangenen Jahren und es wird sich in der Zukunft fortsetzen: Die Winterniederschläge werden wie im Mittelmeerraum zunehmen. In manchen Regionen bis zu 35%. Insgesamt kann die Hochwassersituation sich dadurch verändern. Hier sind verschiedene Anpassungsstrategien notwendig.

Neben den Hochwässern kann es auch zukünftig stärkere Niedrigwassersituationen geben. Sie erinnern sich sicherlich noch alle an die lang anhaltende Niedrigwassersituation im letzten Jahr. Am gesamten Oberrhein hatten wir über viele Wochen Niedrigwasser mit sehr starken wirtschaftlichen Einschränkungen; der Ölpreis und der Benzinpreis waren deutlich gestiegen, weil der Transport über den Rhein nicht mehr stattfinden konnte. Teil dieses Klimaprojektes war auch, dass es am Rhein und an verschiedenen Rheinseitengewässern zu deutlichen Niedrigwassersituationen kommen kann. Hier werden wir verschiedene Anpassungsmaßnahmen durchführen müssen, um uns auf diese Niedrigwassersituationen vorzubereiten.

Die Niedrigwassersituation hat verschiedene Folgen, wie die Verschiebung im Bereich der aquatischen Lebensräume. Heimische Tier- und Pflanzenarten werden dort weniger werden, weil das Wasser nährstoffreicher und wärmer wird und wir haben eine verstärkte Zuwanderung von Neubürgern in der Tier- und Pflanzenwelt. Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg stellt es jetzt schon fest. In den nächsten Jahren wird das weiter zunehmen, was dann Auswirkungen auf unsere Ökosysteme hat.

Hier gilt es, unsere Ökosysteme auf zukünftige Veränderungen resistent und stabil zu machen, dass wir Gewässerverschmutzung reduzieren und gerade die Auen-Ökosysteme auf den biologischen Wandel vorbereiten, da dieser in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vorkommen kann. Also, die Entwicklung von naturnahen Gewässerstrukturen, die solche Veränderungen mitmachen können, ist zentral wichtig.

Wir müssen unsere Siedlungsentwässerung auf starke Regenereignisse vorbereiten, wie sie vor zwei Jahren in Baden-Württemberg sehr stark waren, z.B. in der Gemeinde Braunsbach. Es ist wichtig, sich die Siedlungsentwässerung regelmäßig anzuschauen, regelmäßige Gänge zu machen. Wir haben als Land Baden-Württemberg einen Leitfaden „Kommunales Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg“ (2016) mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet, dass wir die Städte und Gemeinden auf solche Starkregenereignisse, die überall vorkommen können, vorbereiten.

Beim Grundwasser gibt es ein Ergebnis nämlich, dass die Grundwasserneubildungsrate in Baden-Württemberg im landesweiten Schnitt nicht abnehmen wird, aber es kann sehr starke regionale Veränderungen geben. In den Mittelgebirgen z.B. im Schwarzwald kann es sein, dass gerade bei Dürreereignissen oder Hitzeperioden manche Quellen nicht mehr so gut schütten. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Gemeinden weiterhin stärken, damit die lokale Wasserversorgung gesichert wird. Das ist auch eine gesetzliche Aufgabe. Wir werden die Gemeinden dabei unterstützen, dass sie ein zweites Standbein, durch eine Gruppenwasserversorgung, manche eine Fernwasserversorgung, einrichten.

Am Ende ist das Wichtigste neben den Klimawandelanpassungsmaßnahmen, dass wir den Klimaschutz vorantreiben. Ich bin sehr froh, dass wir vor wenigen Wochen bei einem gemeinsamen Termin eine *Letter of Intent* unterzeichnet haben, dass wir die große industrielle Abwärme, die in den Badischen Stahlwerken in Kehl entsteht, hüben und drüben des Rheins nutzen. Ich bin sehr froh, dass wir uns mit Straßburg, Kehl und vielen Unternehmen auf den Weg gemacht haben, dass diese Abwärme eines der größten Unternehmen Europas genutzt werden kann, auch damit wir unsere Infrastrukturen möglichst CO²-frei gestalten können. Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit dem Vortrag etwas mitteilen.

(Beifall)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich freue mich nun, Herrn Gian-Kasper PLATTNER zu Wort zu bitten. Vielen Dank, dass Sie heute vor uns sprechen!

- Gian-Kasper PLATTNER,
Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL

PPT-Präsentation: „Der Klimawandel und seine Folgen – Erkenntnisse aus der Schweiz“

Herr Dr. Gian-Kasper PLATTNER:

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Einladung und die Gelegenheit, mich an Sie in einer für mich so wichtigen Angelegenheit zu wenden. Ich werde, wie von den Veranstaltern aufgefordert, einen Schritt zurückmachen von diesen sehr konkreten Beispielen, die Herr BAUMANN vorgestellt hat. Ich möchte den Blick ein bißchen weiter auf den Klimawandel richten und habe eine Schweizer Perspektive vorbereitet. Sie werden mir eine Randbemerkung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erlauben. Wie Sie es bei Herrn BAUMANN gesehen haben: Die Karten der Klimaanalyse enden immer schön an der Grenze. Genau so auch bei mir, wenn ich Karten vom Bundesamt für Meteorologie verwende. Auch in der Wissenschaft sind diese harten Grenzen vorhanden und sie sind manchmal auch bei der Forschung schwierig zu überwinden.

Ich möchte beginnen mit dem Fakt: Es wird wärmer. Wir wissen es, wir haben genügend Daten. Sie sehen hier eine Zusammenstellung vom Bundesamt für Meteorologie mit einer Auswertung der Karten von 1864 bis 2018. Von links nach rechts haben Sie die Jahrzehnte der gemessenen beobachteten Temperaturen. Links, blau. Je weiter wir nach rechts gehen, desto mehr wird es rot und wärmer. Das Jahr 2018 war in der Schweiz das drittwärmste Jahr seit Messbeginn. Global war es eines der vier wärmsten Jahre. Die 20 wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnung global sind alle in den letzten 22 Jahren gemessen worden.

Nehmen wir jetzt so ein Jahr Mitteltemperatur. Wir spüren die Hitze insbesondere wie letztes Jahr im Sommer. Als Beispiel, 2018 war das wärmste Sommerhalbjahr seit Beginn der Messungen. Sie sehen hier die Karten von April bis September. Überall überdurchschnittliche Temperaturen. Der Temperaturüberschuss zwischen 2 und 4 Grad wärmer als die mittleren Temperaturen zwischen 1981 und 2010. Das ist nicht einmal verglichen mit den Temperaturen wie wir sie vor dem Start der Industrialisierung hatten. Das ist ein Vergleich mit den Temperaturen Ende 2000.

Wenn wir uns das Niederschlagsdefizit für das Sommerhalbjahr anschauen, sehen Sie, dass die ganze Schweiz braun auftaucht. Braun bedeutet weniger Wasser verglichen mit dem Mittelwert über 1980 bis 2010. Also überall deutlicher Wassermangel. Insbesondere die Ostschweiz hat stark darunter gelitten. Aber wenn Sie genau hinschauen, sehen Sie, dass auch die Region Basel und bestimmt auch der Oberrheingraben im letzten Jahr stark damit zu kämpfen hatten.

Die Folgen waren vielfältig. Es ist nicht so, dass nur ein Sektor oder zwei davon stark betroffen waren, sondern 2018, während dieser außerordentlich langen Dürrephase wurde auch der Verkehr stark beeinträchtigt, Niedrigwasser im Rhein, Transport- und Energieprobleme, die Landwirtschaft, ganz ausgeprägt. Interessant war, dass in den Medien, die Trockenheit vor allem im Juni-Juli ein Thema war. Aber die wissenschaftlich größte Ausprägung der Trockenheit war eigentlich die Länge bis in den November hinein, nur hat das niemanden mehr interessiert, weil die Ferienzeit vorbei war.

Gesundheit war 2018 weniger ein Problem als 2003, weil die Hitze nicht ganz so ausgeprägt war. Dann Tourismus. Der Rheinfluss. Ökosysteme. In gewissen Teilen der Schweiz mußten die Flüsse ausgefischt werden, weil die Temperaturen in den Gewässern zu hoch wurden, als dass die Fische überleben konnten.

Der Wald ist eines der Themen, das an der Forschungsanstalt WSL ganz im Zentrum steht. Ich habe Ihnen einige Bilder von der Sommertrockenheit 2018 mitgebracht. Dies ist ein Bild im Juni aus dem Kanton Schaffhausen und man sieht, dass große Teile schon braun gefärbt sind. Das ist eine Situation, die wir so nicht kennen. Die Bäume, die Wälder haben angefangen auf diesen großen Stress zu reagieren. Sie haben Schutzmechanismen: Sie werfen die Blätter ab, sie welken. Was heißt das für die nächsten Jahre? Das müssen wir noch erforschen. Es ist nicht gesagt, dass diese Bäume, die hier braun sind, absterben werden, aber es ist sicher eine der großen Forschungsfragen: Wie häufig können Bäume so große Trockensituationen überstehen? Wir hatten also großflächiges Welken im Mittelland. Ganze Baumbestände waren betroffen.

Das ist Juni. Das ist nicht im Herbst. Das ist das Bild eines Buchenwaldes bei Schaffhausen. Es ist, wie wenn man im tiefen Herbst in den Wald geht. Also, fundamental eine Vorverschiebung der Prozesse, die wir aus dem normalen ökologischen Verlauf kennen. 2018 ist nur ein Jahr. Wir betreiben selbstverständlich Forschung schon viel länger. Im Wallis haben wir in einem

Trockental schon seit über 20 Jahren Forschungsresultate über Trockenheit und die Kiefern-mortalität.

Ich habe hier vier Bilder: 1998, 2003, 2011, 2017, wo auch solche Bräunungserscheinungen bei Kiefernwäldern im Wallis sichtbar sind. Einige Bäume bleiben grün: das sind eben nicht die Kiefern und andere sterben ab. Wissenschaftlich können wir zeigen, dass der Wasserhaushalt dieser Bäume ganz entscheidend ist. Wenn die Bäume mehr Wasser verbrauchen, als sie nachbekommen, führt das nach ein paar Jahren zu einer Erhöhung der Sterblichkeit.

Viele Trockenjahre nacheinander und wir haben danach einen Mortalitätspeak. Besonders auf den trockenen Standorten ist es gut zu sehen. Was in 2018 wirklich erstaunlich war: nicht nur die Fichten oder Kiefern im Wallis haben diese Signale gezeigt, sondern auch die Buchen. Also, eine Neuerscheinung auf Trockenstandorten: Neue Baumarten sind stark davon betroffen.

Schauen wir uns nun die Jahre seit Beginn der Messperiode von 1864 bis 1990. Jedes Jahr ist der Sommermittelwert für die Stationen Zürich, Genf, Basel und Bern angegeben. Sie sehen die Mittelwerte dieser Temperaturen. Oben, die blauen Kurven. Das sind die Jahre von 1864 bis 1990. Man sieht deutlich, dass der Mittelwert sich nach rechts verschoben hat und auch die Temperaturen, die im Mittel zugenommen haben. Man sieht aber auch, dass die Extremwerte (wie 2003 und 2018) deutlich außerhalb dieser normalen Verteilung der anderen Jahre liegen.

Was man auch sieht, ist dass das Jahr 1996 (das kälteste Jahr der Periode 1981-2010) im Sommer noch über dem Mittelwert der vorherigen Periode (1864-1990) liegt. Also, eine deutliche Verschiebung zu wärmeren Temperaturen.

Wohin führt der Weg? Das können wir als Wissenschaftler natürlich nicht vorhersagen. Wir können nur Projektionen machen. Dafür brauchen wir von den Ökonomen und Sozialwissenschaftlern sog. Szenarien über die Bevölkerungs-, die Energie-, die Technologieentwicklung usw.; ganz extrem können wir sagen: Wir haben Szenarien, wo wir keine Klimaschutzmaßnahmen treffen (rote Kurve) oder wir haben Szenarien, für die wir konsequent Klimaschutz umsetzen (blaue Kurve).

Der Entscheid, den die Gesellschaft trifft, auf welchem dieser beiden Pfade sie gerne sein möchte, ist entscheidend. Es ist nicht etwas, das einfach passiert. Es ist in dem Sinne keine Katastrophe, die wir nicht beeinflussen können, sondern eine Frage der Entscheidungen, die wir und alle heute, morgen und übermorgen treffen.

Nehmen wir einmal den Fall einer Schweiz ohne Klimaschutz. Sie sehen hier die Temperaturentwicklung mit vielen Modellen modelliert und eine große Bandbreite. Das Resultat zeigt, dass wir eine weitere Erwärmung in der Schweiz bis zu 2,5 Grad zu erwarten haben bis 2060, natürlich mit einer Schwankungsbreite.

Wenn wir das wieder mit der Verteilung der Jahre vergleichen (1864-1990), sehen wir, wenn wir die modellierten Jahresmittelwerte für diese vier Städte nehmen, dass die Verteilung sich weiter nach rechts verschiebt. Man sieht auch, dass die Jahre 2003 und 2018, die heute extrem sind (das Jahr 2018 war ein Jahrhundertereignis), in Zukunft das neue Normal sein werden. Wir müssen uns also darauf einstellen, dass solche Jahre wie 2018 nicht mehr nur ein Mal in einem Jahrhundert, sondern ein Mal in zwei oder fünf Jahren auftauchen werden.

Die Schweiz hat 2015 ein nationales Zentrum für Klimadienstleistungen (NCCS) gegründet. In Zusammenarbeit mit der ETH Zürich haben wir Klima-Szenarien entwickelt, wie z.B. die Schweiz im Jahr 2060. Die wichtigsten Resultate sind: Die Sommer werden trockener; es wird mehr heftige Niederschläge geben; wir werden mehr Hitzetage erleben und es wird schneearme Winter geben. Da Sie heute über Wasserressourcen und –management sprechen, habe ich mir gedacht, ich nehme eine Figur von schneearmen Wintern. Das hat nichts damit zu tun, dass wir alle gerne Ski fahren.

Die Nullgradgrenze, die sehr entscheidend ist, ob Schnee fällt oder nicht, war 1880 auf etwa 400 m Höhe (Zürich). Sie ist jetzt bei 800 m (Einsiedeln). Diese Winterschutzgrenze wird, wenn man diesen Szenarien ohne Klimaschutz folgt, auf die Höhe von Davos steigen. Natürlich kann man dann nicht mehr Ski fahren, aber man hat auch das Problem, dass die Speicherfähigkeit des Schnees wegfällt, das Feld kommt nicht zu Schnee, von den Gletschern gar nicht zu sprechen. Damit sind die Abflußregime aus den Alpen in der Schweiz komplett verändert. Das wird auch die Downstream-Gebiete wie den Oberrhein stark betreffen d.h. Wasserplanung und -management für die Zukunft muss das stark berücksichtigen.

Zurück zu den Bäumen. Was bedeuten diese Veränderungen für verschiedene Baumarten? Die WSL hat einen Auftrag, den Waldsektor für seine Planungen zu unterstützen. Wenn Sie hier die Entwicklung über die Zeit betrachten, so haben wir heute im Mittelland und auch nördlich vom Jura viele Fichten. Die Fichte ist der Brotbaum der Waldwirtschaft, der mit welchem das viele Geld gemacht wird. Die Eiche ist viel weniger präsent. Wenn wir in die Zukunft gehen bis Ende des 21. Jh. gehen, sehen wir aus klimatischer Perspektive, dass es keinen Standort mehr gibt, der ihnen passt. Es ist zu warm und zu trocken. Aber die Eiche wird die große Gewinnerin sein. Es ist also nicht so, dass wir keine Bäume mehr haben werden, sondern eine neue Zusammensetzung der Baumarten. Eine Person, die Waldwirtschaft besitzt und betreibt, muss das wissen. Sie muss nämlich heute entscheiden, dass sie Eichen pflanzt und nicht Buchen, sonst läuft sie Gefahr, dass sie bis in 50 Jahren ihre ganze Einnahmequelle verloren hat. Langfristige Planungen basieren auf solchen wissenschaftlichen Resultaten.

Ich habe jetzt viel über die Geschichte *ohne* Klimaschutz gesprochen. Selbstverständlich gibt es auch die Szenarien *mit* Klimaschutz. Nehmen wir die, sehen wir grob zusammen gefaßt, dass eigentlich etwa 2/3 der erwarteten Erwärmung durch Reduktion der CO²-Emissionen vermieden werden können. Was aber auch klar ist: Die Erwärmung findet statt. Es wird nicht aufhören. Anpassungsmaßnahmen sind, unabhängig davon, welche Mitigationsmaßnahmen getroffen werden, ebenfalls zwingend.

Wenn Sie noch ein bißchen über den Oberrheingraben und die Schweiz hinausdenken: Der Ozean hat ein ganz langes Gedächtnis. Der heutige Ozeanmeeresspiegelanstieg weiß noch gar nichts von den letzten 50 Jahren Erwärmung. Er kommt nur langsam nach. Das heißt, dass die Meeresspiegelerhöhung wird sich noch die nächsten 100, 200 Jahre fortsetzen wird, weil das Gleichgewicht mit der heutigen Temperaturerwärmung noch nicht erreicht ist. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Gletscher in den Alpen. Die wissen auch noch nichts von den letzten 30 Jahren Erwärmung. Sie hinken langsam nach. Sie werden auch weiter abschmelzen, selbst wenn wir heute entscheiden würden sämtliche CO²-Emissionen zu stoppen. Vielfältige Folgen, bereits heute, aber in Zukunft werden sie noch in ihrer Ausprägung und Stärke zunehmen.

Damit komme ich zu den Schlussbemerkungen. Der Klimawandel ist eine Realität, er ist da, wir spüren ihn jeden Tag. Die Schweiz, die Oberrheinregion, Deutschland, Frankreich sind davon

betroffen. Die Folgen zeigen sich in allen Sektoren. Es gibt keine Möglichkeit zu sagen: Mich betrifft es nicht. Letztendlich ist alles verknüpft. Der Klimawandel kann eingegrenzt werden, aber dafür müssen Entscheidungen getroffen werden, die ihn abschwächen. Aber Maßnahmen zur Anpassung sind trotzdem wichtig.

Die Eingrenzung des Klimawandels braucht eine Reduktion der CO²-Emissionen, da kommt man nicht drum herum. Das ist wissenschaftlich eindeutig erwiesen. Vielleicht nicht Netto-Null-Emissionen, wie es vielfach gefordert wird (Die Reduktionsziele des Bundes sind nicht ganz so ambitioniert), aber eine starke Reduktion der CO²-Emissionen bis Mitte Jahrhundert ist gemäß Wissenschaft möglich. Es ist auch nötig, wenn man das Paris-Ziel und -Abkommen wirklich umsetzen will, dass eine Erwärmung nicht über 1,5 Grad oder deutlich unter 2 Grad über das 21. Jh. erreicht werden soll.

(Beifall)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Herr PLATTNER. Gibt es Fragen über diesen beiden Vorträge?

Herr Reinhold PIX:

Vielen Dank für diesen hervorragenden Kurzvortrag. Sie haben darauf hingewiesen, dass Wald im letzten Sommer sehr stark gewelkt ist. Wir haben darüber hinaus jetzt sehr viele Folgeschäden, nämlich die Borkenkäfer-Katastrophe, um nur von den ökologischen Folgen zu sprechen.

Was ich vermisst habe, war eine Aussage dazu, wenn Sie davon ausgehen, dass Wälder in unserem mitteleuropäischen Raum, unseren humiden Klimazonen eine wesentliche CO²-Senke darstellen. Wenn Wälder möglicherweise im neuen Normal 2003-2018 möglicherweise flächig absterben, haben wir z.Zt. gar keine vernünftige Alternative, geeignete Baumarten nachzupflanzen. Wir haben eher das Problem, dass uns Esche, Ulme und andere Baumarten aus verschiedenen Gründen absterben. Es würde mich interessieren, wie die Situation aussieht, denn wenn diese CO²-Senke in größerem Ausmaß eingeschränkt wird, wird sich das nicht auf die Erderwärmung auswirken? Haben wir dann nicht mit einem viel stärkeren Temperaturanstieg zu rechnen?

Herr BAUMANN:

Es ist berechtigt. Bäume beim Wachsen speichern CO². Man muss aber berücksichtigen, dass die Wälder, wenn sie sterben oder gefällt werden, dieses CO² wieder abgeben d.h. Wälder können nur eine langfristige, zusätzliche CO²-Speicherung liefern, wenn man entweder aufforstet, also die Fläche vergrößert oder wenn man es schafft, dass der Kohlenstoff, den die Bäume einmal aufgenommen haben, danach wirklich im Boden bleibt. Das heißt, kurzfristig nimmt ein Wald oder ein Baum, der wächst, hundert Jahre lang CO² auf und gibt es dann wieder ab. Außer man verbaut das Holz. Es ist klar, global gesehen kommt etwa ein Zehntel der Emissionen von Abholzungen. Die CO²-Senke der Wälder in der Schweiz oder in Deutschland ist nicht das Hauptproblem, das wir zu lösen haben. Außer man entscheidet großflächig aufzuforsten und lässt diese Wälder dann stehen, um sie zu bewirtschaften, so dass CO² nicht wieder abgegeben wird.

Ihre Frage zu dem, was in Zukunft passiert ist eine wissenschaftlich wichtige und unklare Frage, ob diese Wälder, die im letzten Sommer gewelkt sind, sich in diesem Jahr wieder erholen. Wir haben Indikation bei einigen. Die VSL hat im letzten Sommer über 1000 Bäume markiert. Die

werden jetzt wieder regelmäßig kontrolliert. Einige sind definitiv abgestorben, wogegen es scheint, dass andere, die den Austrieb einfach verzögert haben, sich noch erholen.

Herr Rüdiger KLOSS:

Ich tue mich immer mit dem Ausdruck „Klimawandel bekämpfen“ schwer, weil das Klima sich immer geändert hat. Es wird sich immer ändern, bis die Sonne zum roten Riesen wird und das ganze Sonnensystem verschluckt. Es kann sich doch nur bei der wissenschaftlichen Analyse darum handeln, dass wir uns ansehen, welche Handlungen nimmt der Mensch vor und inwieweit hat dies schädliche Auswirkungen auf das Klima? Also, das vom Grundsätzlichen her.

Sie haben vorhin eine sehr interessante Graphik gezeigt und zwar die schneearmen Winter. Wenn man den Zeitraum über 20-30 Jahre nimmt, so bleibt die Schneegrenze konstant bei 600m. Wenn ich mir aber die CO² Ausstöße durch die Industrialisierung in dieser Zeit ansehe, dann müssen diese gigantisch gewesen sein. Können Sie mir eine Erklärung geben, warum Sie dennoch eine Schneegrenze, also eine Nullgrad-Grenze bei 600 m über einen jahrzehntelangen Zeitraum hatten? Vielen Dank.

Herr Dr. BAUMANN:

Herzlichen Dank. Zunächst eine Gegenbemerkung zur allgemeinen Bemerkung, dass das Klima sich immer verändert hat. Das ist zweifellos richtig. Langfristig gesehen ist die Sonne der Motor des Klimas. Das haben die Wissenschaftler verstanden. Es ist einfach so, dass die Sonnenaktivität über die Zeit, wo die stärkste Temperaturerwärmung während der 30-40 Jahre stattgefunden hat, eher eine abnehmende Rolle gespielt hat. Also eigentlich müsste sie eine kühlende Rolle gehabt haben. Selbstverständlich wird auch die Rolle von Vulkanen und anderen natürlichen Faktoren berücksichtigt. Wenn wir Klimaforschung betreiben, analysieren wir immer die Gesamtänderung und welcher Teil durch natürliche Faktoren, welcher Teil durch menschliche Faktoren (CO², Methan, Lachgas...) beeinflusst wird.

Zur Frage nach der Nullgradgrenze. Diese ist stark von der Temperatur abhängig. Dass die CO²-Konzentration fast exponentiell gestiegen ist, aber die Temperatur nicht immer den gleichen Verlauf gehabt hat, ist richtig. Das ist aber auch damit zu erklären, dass die Temperatur nicht nur durch den Treibhauseffekt beeinflusst wird, sondern auch durch das Zusammenspiel zwischen Ozean und Atmosphäre. Wenn der Ozean in einem Jahr aufgrund natürlicher Variabilität viel Wärme aufnimmt, wird es in der Atmosphäre zu einer relativ langsamen Erwärmung führen. Gibt er in einem Jahr aus natürlichen Gründen viel Wärme ab, wird es zu einem raschen Anstieg führen.

Wenn man sich die Temperaturgrenzen global anschaut, sieht man interannuell sehr große Variabilität (auch interdekadisch), aber der Trend ist eindeutig. Die Verstärkung dieses Trends über die letzten 50 Jahre können wir nicht erklären, ohne dass wir die menschlichen Faktoren als hauptverantwortlich identifizieren.

Frau Christine SCHNEIDER:

Vielen Dank für den beeindruckenden Vortrag. Sie haben insbesondere erläutert, welchen Stressfaktoren unsere Wälder durch die Trockenheit ausgesetzt sind. Der Kollege hat das Thema Borkenkäferbefall schon angesprochen. Das ist auch bei uns ein Riesenproblem. Wir haben in Rheinland-Pfalz das Problem, dass durch die FSC-Zertifizierung eine Borkenkäferbekämpfung und Zulassung sehr schwierig ist. Wie gehen Sie in der Schweiz damit um?

Herr Dr. BAUMANN:

Ich kann Ihnen sagen, in der Forschung ist die Trockenheit *ein* Stressfaktor. Was die Sterblichkeit der Bäume stark beeinflusst, sind noch andere Faktoren, wie z.B. die großen Herbststürme. Geschwächte Bäume tendieren eher dazu um- oder zusammenzubrechen. Das ist genau was die Borkenkäfer gern haben, viel Totholz. Dieses Zusammenspiel ist wichtig. Es gibt ja noch andere Schädlinge außer dem Borkenkäfer.

Wie die Schweiz damit umgeht, weiß ich nicht. Ich kann nur aus meiner Wohngemeinde Riehen sprechen. Da sieht man großflächig, dass die Verantwortlichen vorausschauend vorgehen. Buchenstandorte werden ausgelichtet und Eichen sowie andere Bäume, die gegen Klima und Schädlinge langfristig resistenter sind, werden gepflanzt. Es läuft also, aber ich kann Ihnen leider nicht mehr sagen.

Frau GANTER:

Vielen Dank für diese interessante Diskussion. Man sieht, dass dieses Thema uns allen am Herzen liegt und immer mehr Bedeutung gewinnt.

Herr FREY:

Ich wollte die lokale Situation betrachten, durch die wir alle betroffen sind, wie Sie, Herr Staatssekretär es ausgeführt haben, aber auch unter dem Hinweis, dass es schon seit vielen Jahren grenzüberschreitende Kooperationen gibt, z.B. zwischen Riehen und Lössach, wo Erdwärme sozusagen über den Zoll nach Lössach transportiert wird, um CO² zu mindern. Genauso die Situation, dass deutscher Abfall in der baselstädtischen Kehrichtanstalt auch Wärme erzeugt für die Nahwärmeversorgung der Stadt Basel.

Also, es gibt viele Kooperationen, die z.B. mit Kehl jetzt einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Zwei Fragen. Sehen Sie noch weiteres Potenzial im grenzüberschreitenden Raum, gerade im Bereich Energie-Effizienz? Und was kann aus Ihrer Sicht der ORR tun? Sie wissen, dass wir heute diese Resolution zu der Klimafrage verabschieden. Es geht uns möglichst um konkrete Aufforderungen in Richtung ORK bzw. Verwaltung. Welche Rolle könnte das Umweltministerium dabei spielen, um die Frage der Energie-Effizienz oder -einsparungen (Erneuerbare) zu thematisieren?

Herr Dr. BAUMANN:

Ich glaube, die wichtigste Aufgabe ist, dass wir uns gegenseitig regelmässig über die verschiedenen Projekte und Fortschritte in der Produktion von Erneuerbaren Energien als die Grundlage für Klimaschutzmaßnahmen informieren. Je nach Region, je nach Kommune gibt es gute Beispiele, wie wir voranschreiten können, gerade bei den Energie-Effizienz-Maßnahmen. Das sieht man an diesem Highlight, wie Sie es gesagt haben, dass wir gemeinsame Planungsgrundlagen haben. Deswegen ist das Wichtigste immer Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Rheins.

Frau GANTER:

Vielen Dank für diese zwei Vorträge mit der Klima-Erwärmung im Brennpunkt. In Ihren Unterlagen befindet sich auch ein Resolutionsentwurf über eine Resilienz begünstigende Wasserwirtschaft und Naturverwaltung. Ich gehe davon aus, dass Sie davon Kenntnis genommen haben. Gibt es Bemerkungen? Sie werden feststellen, dass wir für alle heute vorgeschlagenen Resolutionen den Kreis der Adressaten erweitert haben, weil es uns wichtig scheint, den Oberrheinrat bekannter zu machen und auch, weil wir sie befragen möchten. Gibt es dazu Bemerkungen?

Herr FREY:

Vielleicht sollten wir hier noch als Destinataire die deutsch-französische parlamentarische Versammlung ansprechen, die im Aachener Vertrag festgeschrieben wurde. Das ist für uns eine Neuerung, dass wir da einen großen Bruder oder Schwester haben. Ich würde einfach den Spiegelstrich vorschlagen, auch an die deutsch-französische parlamentarische Versammlung, diese Resolution zu richten.

Frau GANTER:

Sie haben völlig Recht. Die Resolution ist verabschiedet.

Wir kommen zur zweiten Vorstandsresolution. Dies ist ein neues Thema, das ein ungeheures Interesse hervorruft und für das wir auch eine internationale Zusammenarbeit haben.

Resolution: „Künstliche Intelligenz, Streben und Potenzial des Oberrheins“

- Lila MERABET, Vize-Präsidentin der Region Grand Est für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Digitalisierung

PPT-Präsentation: „Künstliche Intelligenz, ein gemeinsames Streben »

Frau Lilla MERABET:

Danke für Ihre heutige Einladung. Sie haben gewünscht, dass wir Ihnen einen Bericht über unser Vorhaben auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz (KI) erstatten, angesichts der Tatsache, dass dieses Streben jetzt ein gemeinsames geworden ist und auf Oberrheinebene diskutiert wird. Da das Thema komplex ist, möchte ich mit einigen allgemeinen Betrachtungen anfangen. Sollten Sie aber alle schon im Bilde sein, sagen Sie es mir bitte, dann gehe ich gleich zu den Aspekten über, die uns näher betreffen.

Künstliche Intelligenz versteht sich in Verbindung mit einer Reihe von Technologien – denn darum geht es im Grunde genommen –, welche die menschliche Intelligenz nachahmen und Wahrnehmungsvorgänge sowie Entscheidungsprozesse automatisch durchführen. Vielleicht ist das Konzept der KI in Wirklichkeit gar nicht das gescheiteste, das man sich erdacht hat, mitunter auch, weil die Befürchtung aufkommt, KI könnte es besser machen als der Mensch. Aber es geht tatsächlich darum eine Maschine dazu zu bringen, Dinge zu lernen, die der Mensch bereits kann oder gelernt hat. Es handelt sich also um eine Form der Technologie mit zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten. Sie ist aber schon alt, auch wenn jetzt viel darüber gesprochen wird.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, das unsere Zusammenarbeit näher betreffen kann und zwar KI in dem Bereich der Mobilität. Sie sind alle mehr oder weniger Autofahrer und in der Lage, beim Fahren das zu sehen, was vor Ihnen und etwas links und rechts vor sich geht. Sie sind aber nicht unbedingt in der Lage das zu sehen, was hinter Ihnen geschieht oder wenn sich ein Geisterfahrer 1 Km vor ihnen nähert. Mit KI können gewisse Sensoren eingebaut werden, die Ihr z.B. autonomes Fahrzeug dazu führen, alle Ereignisse auf einer Strecke zu erfassen, –was das menschliche Auge nicht vermag– und darauf schneller zu reagieren und mehr Verkehrssicherheit zu bieten. Aber die Frage des autonomen Fahrzeugs wird in Zukunft spannend werden bzw. in 5 oder 10 Jahren, (wenn die Versicherungsfragen geregelt haben werden). Sie werden ihren Pkw dann nicht mehr brauchen. Sie verwenden dann ein anderes KI-Mittel nämlich Ihr Smartphone und können einen Dienst abonnieren, der sich die Informationen in Ihrer Agenda holt, Sie zu Hause abholen kommt und Sie zu Ihrem Termin an der richtigen

Stelle absetzt. Danach fährt es wieder aus der Stadt und holt andere Leute ab. So wird das autonome Fahrzeug in der Zukunft aussehen. Es wird ein KI-Fahrzeug sein, das Sie nicht mehr besitzen werden.

Gleichzeitig steht es im Mittelpunkt aller möglichen Fragestellungen. Stellen Sie sich ein Fahrzeug vor, das versteht, wenn jemand außerhalb des Zebrastreifens die Straße überquert während gleichzeitig im Fahrzeug ein Kind seinen Sicherheitsgurt gelöst hat. Die Fragestellung für das autonome Fahrzeug könnte so aussehen: Bremsen Sie zu schnell, fliegt das Kind durch die Windschutzscheibe. Bremsen Sie zu langsam, überfahren Sie und töten womöglich die Menschen auf der Straße. Was soll KI in diesem Fall entscheiden? In Wirklichkeit stellt sich hier eine ethische Frage. Wie soll der Mensch diese Entscheidungen angehen, die sich ihm stellen, auch wenn er sie in Maschinen verlagert, damit diese Entscheidungen fassen, die sich mit unserer Ethik vereinbaren lassen. Dieses einfache Beispiel zeigt schon, dass die Technologie in Wirklichkeit gar nicht so komplex ist, sondern schon ausgearbeitet ist, aber dass wir Menschen, die wir den Maschinen auf gewisse sich wiederholende Vorgänge trainieren, damit sie diese verstehen und erlernen, zuvor noch andere Fragen lösen müssen.

Eine KI kann etwas nicht erkennen, wenn es ihr zuvor nicht beigebracht wurde. Wenn Sie Qwant benutzen, (das ist verglichen mit Google der anständigste Browser den es gibt und ich hoffe er wird zum europäischen aufsteigen) und unter Bildern „Katze“ eingeben, so musste man dem Computer erst beibringen, eine Katze von einem Hund oder einem Pferd zu unterscheiden. Nach vielen Wiederholungen der Daten lernt auch ein Computer. Diese KI steht also im Dienste des Menschen und besteht aus technologischen Bausteinen, die sich subsumieren, sich vermehren und dabei Daten integrieren, um künftig unseren beliebigen Verwendungszwecken zu dienen. Da spielt Robotik, Schrift- und Bilderkennung mit. Aber Sicherheit auch.

Gestern Abend waren wir in einer Sitzung mit einem Unternehmen, das für das Verteidigungsministerium arbeitet. Sie kennen ja die Haltung Europas in ethischen Fragen in Bezug auf China. Sollten künftig unsere öffentlichen Räume alle Video-überwacht sein? Soll man einer Kamera beibringen was in einer Menge ein auffälliges Verhalten darstellt? Oder zu beschließen, dass wenn jemand mit einem Koffer einen Bahnhof betritt und ohne Koffer wieder herauskommt, das ein Problem sein kann? Das stellt die Frage unserer Grundfreiheiten. Diese KI kann Gesichter, Bilder, Videostreifen wiedererkennen. Sie beherrscht Stimmerkennung und Bildwiederholung. Dabei besteht sie vor allem aus Technik. Im Grunde genommen handelt es sich um ein maschinelles Lernen durch Wiederholung (*learning machine*). Das bringt man der Maschine bei, wie man es einem Kind beibringt.

Wo sich die Geister scheiden ist, ob die Maschine uns ersetzen wird oder nicht. Lassen Sie mich das Thema der Literatur nehmen. Wir sind in der Lage Worte aneinander zu reihen, um den Sinn eines Satzes zu begreifen. Aber im Gegensatz zum Menschen kann die Maschine nicht die Gefühle empfinden, die zwischen den Zeilen stecken. Sie kann zwar zum Schluss kommen „Das ist Goethes Stil“, doch die ethische Dimension und die Gefühle gehören nicht zur KI und werden es auch nie. Deshalb ist das Thema auch so spannend, wenn es darum geht, den Alltag der Menschen und alle möglichen Verwendungen zu verbessern. Aber es beruhigt auch hinsichtlich der Grenzen der KI.

Einige konkrete Beispiele über das Auto hinaus über den Nutzen, der sich für uns bietet mit KI zu arbeiten. Im Gesundheitsbereich gibt es zwei höchst interessante Beispiele, darunter die Diagnosehilfe. Heutzutage kann eine Maschine, der man 10 000 RMT-Beispiele in der Krebs-

medizin gezeigt hat, das sehen, was der Mensch nicht sieht und es zu analysieren bzw. sie erkennt, dass wenn ein Faktor 1 und ein Faktor B21 assoziiert sind, ein Krebsrückfall droht. Das kann der beste Arzt oder Chirurg nicht im Voraus wissen.

Dann wird es auch personenbezogene Behandlungsmöglichkeiten geben, die Fernmedizin ermöglichen werden. Je nach Genen, Anamnese, Ernährungsweise, Umfeld und Umwelteinflüssen, wird man maßgeschneiderte Medizin betreiben können. Das gehört zur sog. KI-Medizin. Befinden Sie sich im ländlichen Raum, können Sie vom Pflegepersonal eine Scanner-Untersuchung über sich ergehen lassen. Das wird von einem Computer analysiert, der dann besagt: „Ärztlicher Notfall,“ oder „Kein Notfall, lokale Behandlung“. Das ist sehr vielversprechend.

Im Industriebereich gibt es entscheidende Anwendungen. Ein Hersteller kann dann z.B. wissen, wann er seine Anlage erneuern muss oder seine Maschinen anders miteinander verbinden soll. Nehmen wir einen Bäcker, der Brot oder Brötchen industriell herstellt. Er braucht Wasser, Mehl, Hefe. Nehmen wir an, dass der Anlagenbauer weit weg (in der Schweiz, in Deutschland oder im Grand Est) sitzt und die Anlage nach Brasilien verkauft hat. Der Straßburger Anlagenbauer kann in Realzeit ermitteln, wie die Produktion in Brasilien abläuft und warnen „Achtung, der pH-Wert des Wassers stimmt nicht mehr. Heute wird Ihr Brot schlecht ausfallen, denn bei dem pH kann der Teig nicht gehen“. Oder auch: „Es besteht Bruchgefahr an dieser Stelle“. Das nennt man vorausschauende Wartung.

In der Landwirtschaft stellt sich die Frage, inwieweit wird man KI hilfreich einsetzen können. Wenn eine Pflanze sich am Fuße von Weinstöcken ausbreitet, ist das unbedingt ein Problem oder soll man die Natur walten lassen? Soll man im Falle einer Krankheit die Rebstöcke mit Pflanzenschutzmitteln nur so begießen oder ist eine gezielte Behandlung denkbar? Man wird auch auf andere Weise die Wetterereignisse voraussehen können sowie ihre Auswirkungen auf die Ernte.

Dann zur Energie. In mancher Verwaltung gibt es einen Bewegungsmelder mit LED Leuchten, um Licht einzusparen, wenn die Leute ein und aus gehen. Ist so etwas auf Ebene einer Stadt, einer Region oder gar des Oberrheinraums vorstellbar? Intelligente Sensoren würden es gestatten.

Warum ist KI heute eine Herausforderung? Weil China und die Vereinigten Staaten im Vergleich mit Europa das Rennen schon gewonnen haben – und das schon lange. Wir stehen heute vor zwei Supermächten, die Milliarden investieren. Amazon ist für uns Europäer ein Riese, aber Alibaba – ein chinesisches Unternehmen – ist noch viel größer und investierte allein 15 Milliarden Dollar in KI. Dabei werden ethische Fragen, ohne dass ich mir hier eine Wertschätzung erlauben würde, ganz anders gesehen, als bei uns. Es geht soweit, dass die Chinesen in Umfragen befragt wurden, ob sie einverstanden wären, wenn man ihren Kindern Prozesse ins Gehirn implantieren würde. Es sollen 75% der Chinesen diese Frage mit „Ja“ beantwortet haben. Liegt die Zukunft Europas darin, zur Kolonie oder zum Museum für China oder den Vereinigten Staaten zu werden? Das ist die große Frage. Verzeihen Sie mir, wenn es Sie schockiert. Bei unserer Auffassung von Ethik, dürfen wir nicht außer Sicht lassen, dass andere die Dinge anders betrachten können. Das will aber längst nicht heißen, dass wir uns nach ihnen richten sollten. Das will heißen, dass wir auf unserem Boden darauf Acht geben müssen, dass wir gewisse Formen und Anwendungen der KI nicht hereinlassen dürfen. Wir haben gesehen, wie Europa ein Datenschutzgesetz verabschiedet hat, das den Chinesen und Amerikanern Kopf-

zerbrechen verursacht, weil sie jetzt bei uns nicht mehr alles nach ihrem Sinn tun können. Das ist von größter Bedeutung, damit Europa und unsere Gebiete in die Gegenwehr gehen können, damit wir hier nicht nur chinesische oder amerikanische Lösungen haben, die in unseren Daten herumrauben.

Es geht hier wirklich um Industriediebstahl, und den Raub unserer personenbezogenen Daten. Stellen Sie sich vor, unsere Gesundheitsdaten würden morgen gestohlen und von den Chinesen und Amerikanern ausgewertet werden. Wer weiß, ob diese sie nicht an Versicherungen veräußern werden? Die dann sagen werden: „Wenn Sie Frau Lilla Merabet, die jene Krankheit in ihrer Familie hat, versichern, besteht zu 80% das Risiko, dass sie diese Krankheit entwickelt. Wir empfehlen demnach, sie nicht zu versichern.“ Nur Europa vermag seine Bürger und Bürgerinnen vor mißbräuchlichen Verwendungen der KI zu schützen und ihnen die Chance bieten, so gut wie nur möglich auf der Grundlage der eigenen KI zu leben. Mehrere Mitgliedstaaten haben bereits ihre eigenen Strategien für KI entwickelt. Einige Regionen ebenfalls, wie die Region Ile-de-France (Paris) oder das Land Baden-Württemberg. Die Region Grand Est wird am 27. Juni, anlässlich einer Veranstaltung, die wir „360 Möglichkeiten“ genannt haben, ihre Strategie in Bezug auf KI bekannt geben. Diese betrifft allerdings ein europäisches Tal bzw. KI-Valley am Rhein wobei Abkommen auf französischer Seite mit der Region Hauts-de-France und auf europäischer Seite mit dem Saarland, Baden-Württemberg und teilweise mit Rheinland-Pfalz, der Wallonie und der Schweiz (Basel).

Wir werden also Persönlichkeiten am 26. Juni Abends hier versammeln und am 27. Juni eine Präsentation für die breite Öffentlichkeit veranstalten, zu der Sie herzlich eingeladen sind, da wir das außerordentliche Glück haben, dass wir auf unserem Gebiet hochrangige Forscher zählen, für die es wichtig ist, dass wir neue Anwendungen der KI entwickeln, eben das, was wir uns für unser Gebiet wünschen. Sie kennen bestimmt das vom DFKI getragene Netzwerk CLAIRE, das einen bedeutenden europäischen Call gewonnen hat und als eines der besten Experten-netze für IA anerkannt ist. Es befindet sich im Oberrheingraben und stellt für uns die Chance zu einem gemeinsamen Projekt dar.

Was für uns auf dem Spiel steht: Unsere Forscher zusammen arbeiten lassen und dafür Sorge tragen, dass die Wirtschaftswelt gut vorbereitet ist. Wir wollen also die Grundlagenforschung begleiten und sie in angewandte Forschung münden lassen, d.h. in Innovationen. Das zweite Thema ist der Datenschutz. Können wir gemeinsam gewährleisten, dass unsere Datenzentren unsere Daten sichern, indem wir uns gegenseitig Vertrauen? Ein weiteres Thema ist: wie kann man konkrete Anwendungsfälle in die Unternehmen bringen? Damit unsere Klein- und Mittelgroßen Unternehmen eine KI einsetzen, die es ihnen ermöglicht sich unter Achtung ihrer Mitarbeiter Europa- und weltweit auszudehnen.

Selbstverständlich brauchen wir Ausbildungsgänge für KI-Berufe. Ein konkretes Beispiel: Vielleicht werden Sie einestages die Gelegenheit haben, hier in der Nähe dieses hervorragende Unternehmen namens Alstom zu besichtigen. Die Region Grand Est kauft derzeit Eisenbahnzüge bei Alstom, von dem wir uns gewünscht hätten, dass er mit Siemens gemeinsam zu einem bedeutenden europäischen Leader aufsteigen würde. Vielleicht gelingt es mit dem kommenden Europamandat.

Der Schweißer, der einen herkömmlichen Beruf ausübt, arbeitet zwar immer noch im Blaumann mit Helm und Schweißbrenner, aber er hat ein Tablet, das mit einer Software ausgestattet ist. Er nimmt mit einem Programm Fotos auf seinem Handy oder Tablet-PC und kann sehen, ob die

Schweißpunkte gut ausgeführt sind, sodass sie bei hoher Geschwindigkeit standhalten. So werden alte Berufe in die Zukunft geführt, indem das alte Handwerk weiter erlernt wird, aber auch weiterentwickelt. So erhalten Berufe, die manchmal etwas in Vergessenheit geraten, einen Mehrwert.

Ich habe heute sehr viel von Ethik gesprochen und ich glaube, das ist der gemeinsame Nenner, wenn es uns darum geht, ein europäisches Tal für künstliche Intelligenz zu gestalten. Das war es in großen Zügen. Schauen Sie sich eine Karte des Oberrheintals an. Das Gute ist, dass die Forscher bereits zusammenarbeiten. Auf dem Gebiet der Gesundheit, der Landwirtschaft und der Bioökonomie sind sie schon sehr weit fortgeschritten. Die Vorsitzenden unserer Exekutiven müssen nun der EU klar machen, dass sie in Verzug ist und dass die Chance des Oberrheingebiets darin liegt, ein so gewaltiges Vorhaben tragen zu können und vielleicht sogar zum europäischen Leader aufsteigen zu können.

Wir möchten also durch diese Resolution, die Sie so freundlich waren zu prüfen, bestätigen, dass wir einen Raum mit hervorragendem Potential darstellen. Wir sind gegenwärtig nicht in der Lage mit Indikatoren zu arbeiten, weil KI ein viel zu weitreichendes Feld ist und niemand voraussagen kann, was daraus werden wird. Aber wir können sagen, dass wir gemeinsam darauf achten werden, den richtigen Weg aufzuzeigen, um unseren Unternehmen und unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen eine gute Zukunft zu sichern. Das ist unser Hauptinteresse. Das ist auch die Herausforderung der ihnen vorgelegten Resolution, die sowohl über EUCOR auf bereits bestehender Zusammenarbeit zwischen unseren Hochschulen beruht, wie auch im Rahmen der Vereinbarung zwischen unseren Ingenieuren und Forschungsinstituten. Ich weiß, dass es in Straßburg ein Gründerzentrum gibt, das mit dem KIT in Karlsruhe zusammenarbeitet. Das ist nur ein Beispiel unter anderen. Wir haben sehr viel Glück, so viele Talente zu zählen, die miteinander arbeiten.

Ich hoffe, dass mein Vortrag nicht zu trocken ausgefallen ist. Ich habe bewußt allzu technische Aspekte beiseite gelassen, da es uns heute nicht darum geht, herauszufinden, was wir auf europäischer Ebene benötigen. Es ging mir lediglich darum, einerseits eine Besorgnis mit Ihnen zu teilen, aber andererseits auch Sie über maßgebende Fortschritte zu informieren, welche die gute Nachricht eines gesunden Ansatzes in der Welt und in der Wirtschaft beinhalten. Wir dürfen nicht ängstlich sein. Auf jeden Fall sollten wir KI nicht in den Händen anderer lassen. Wir sind durchaus in der Lage unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Ich bedanke mich dafür, dass Sie bereit waren, sich mit dieser Resolution zu beschäftigen.

Frau GANTER:

Vielen Dank Lilla, für diese ausführliche Präsentation. Gibt es Wortmeldungen dazu?

Herr KÖSSLER:

Es endet mit dem Satz: Wir dürfen nicht ängstlich sein. Das ist genau unser Problem. Wir müssen gemeinsam den Menschen erklären, was auf sie zukommt und zwar in verschiedenen Bereichen. Es gibt eine Oxford-Studie über Amerika: 50% der Arbeitsplätze fallen weg, – wegen KI. Das deutsche Arbeitsinstitut in Nürnberg hat auch untersucht und sagt, es fällt nicht viel weg. Aber es wird die Menschen trotzdem berühren.

Zweitens haben wir ein gesellschaftliches Problem. Ich sage jetzt nur ein Stichwort „Bedingungsloses Grundeinkommen“. Ich zitiere es, bin aber nicht überzeugt, dass wir das machen sollen.

Also, wir bekommen große wirtschaftliche, gesellschaftliche und ethische Probleme. Wir müssen den Menschen rechtzeitig sagen, wo es hingeht. Ich bin froh, dass wir in Europa das Ganze in den Griff bekommen wollen. Wir stehen zwischen Amerika und China, die sind uns meilenweit voraus sind. Europa muss seinen eigenen Standard durchsetzen.

Ich könnte noch Vieles dazu sagen, aber nochmal: die Angst der Menschen, die müssen wir thematisieren. Wie wollen wir unter KI in den nächsten 20, 30, 40 Jahren leben?

Frau MERABET :

Vielen Dank. Diesen Punkt hatte ich nicht angeschnitten, weil er in der Resolution nicht vorkommt. Ich denke, es ist richtig, wenn wir als Verantwortungsträger zwar nicht beunruhigt, aber doch äußerst auf der Hut sind. Es liegt auf der Hand, dass KI Auswirkungen auf die Beschäftigung haben wird. Es ist auch sicher, dass KI etwas kosten wird. Verzeihen Sie mir, wenn ich das jetzt so sage: Es ist manchmal klüger Gehaltskosten zu tragen, als in KI zu investieren, weil Menschen immer noch preiswerter sind, als gewisse Maschinen. Das ist der erste Punkt. Ihr Friseur wird unter KI nicht leiden. Aber Ihr Buchhalter hingegen, der wird seine Arbeit verlieren, weil man keine Buchhalter mehr brauchen wird. Nehmen wir ein anderes Beispiel. Wenn Sie sich Filme aus der alten Zeit anschauen, da hatten wir noch Stenotypisten, Telefonisten usw. Der schwarzweiße Stummfilm wurde im Kino durch die Einführung von Farbe und Stimme abgelöst und einer der größten Filmstars wie Charlie Chaplin geriet allmählich in Vergessenheit. Ist das Kino aber deshalb untergegangen? Keineswegs. Es hat sich weiterentwickelt und versetzt uns immer noch in Traumwelten.

Die eigentliche Frage lautet so: Wie wird die Welt danach aussehen und wie wird es mit der Verteilung von Kapital und Reichtum aussehen? Wird sich dann herausstellen, dass wir als politische Verantwortungsträger uns richtig eingesetzt und die richtigen Entscheidungen getroffen haben? Nicht etwa im Hinblick darauf, dass die Jugendlichen, die heute noch zur Schule gehen, mit KI zurechtkommen. Das wahre Thema, das sind die 30, 40, 50 und 60jährigen, die heute im Berufsleben stehen. Werden wir in der Lage sein, sie dazu zu bringen, dass sie ihre Arbeitsweise *überdenken* und sich der KI anpassen? Ich stimme Ihnen bei dieser Herausforderung zu, sowie bei der Tatsache, dass wir unseren Mitmenschen sagen müssen, wo die Reise hingeht. Deswegen hatte ich auch zwei konkrete Beispiele gewählt, die ein jeder verstehen kann.

Herr Martin HORN:

Es ist meine erste Sitzung heute in diesem Gremium. Ich freue mich sehr dabei zu sein. Ich habe zwei Anmerkungen. Vielen dank für die Präsentation. Ich finde, zum Einen, dass wir bei dem Thema Digitalisierung und KI oftmals viel zu abstrakt diskutieren.

- Digitalisierung und KI bringt uns nur dann etwas, wenn es den Menschen etwas bringt, d.h. wenn es gemeinnützig orientiert und nachhaltig ist.
- KI im Gesundheitswesen bringt dann etwas, wenn die Krankenschwester oder der Pfleger am Ende mehr Zeit für den Patienten hat.
- KI im Mobilitätsbereich bringt uns dann etwas, wenn es die Nachhaltigkeitsbemühungen untermauert, also für die Umwelt gut ist oder wir dadurch schneller und leichter ans Ziel kommen.

Es ist in der gesamten politischen Diskussion oft so abstrakt. Digitalisierung der Digitalisierung wegen bringt uns gar nichts. Es muss uns klare Vorteile bringen und dann müssen wir es konkret herunterbrechen.

Zweitens: Gerade im Bereich von KI am Oberrhein sind unsere EUCOR-Universitäten ziemlich stark aufgestellt. Hier liegt wirklich ganz konkret ein großer Vorteil, nämlich dass wir im Oberrheinrat, im Oberrhein im Bereich der KI das akademische, das wissenschaftliche Wissen in die Tat umsetzen können, sodass wir hier konkrete Forschungsergebnisse haben.

Ich werde als Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Oktober dieses Jahres die EUCOR-Mitgliedsstädte und die universitären Leitungen, aber auch die Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen nach Freiburg einladen, um diesen Forschungsbereich im Rahmen von EUCOR nach vorne zu bringen, denn da liegt noch viel Potenzial. Gerade hier gibt es ganz klare Synergie-Effekte, sodass Digitalisierung und KI gemeinsam viel besser für die gesamte große Region genutzt werden können.

Frau GANTER:

Vielen Dank, Herr HORN, für diese Aussage.

Herr Dr. Frank MENTRUP:

Ich möchte mich für diesen sehr umfangreichen aber auch sehr guten Vortrag bedanken, der das in einer Weise zusammengestellt hat, wie ich es, ehrlich gesagt, so noch nicht erleben durfte. Ich möchte auch unterstreichen, dass es nicht darum geht, nur den technischen Wettlauf mit den USA und China zu gewinnen; es würde uns grundsätzlich nichts ausmachen, chinesische Autos zu fahren, wenn es nicht unserer eigenen Autoindustrie dadurch schlecht ginge. Es geht eben nicht nur um den technischen Fortschritt, sondern am Ende auch um die Datengrundlage aus der die Algorithmen entstehen. Wenn ich mir am Ende eine Datengrundlage über das chinesische System kaufen muss und die Algorithmen auswerten, wie die Sozialpunkte der einzelnen Menschen sind, dann ist das ein anderer Algorithmus, der herauskommt und mein autonomes Fahrzeug steuert, als wenn ich das nach europäischen Wertekriterien mache.

Neben dem technischen Fortschritt geht es deswegen auch um die Frage, wo werden die Daten gesammelt, wie werden sie ausgewertet und schaffen wir es dennoch, genug Daten in unserem Wertesystem zu bekommen, um überhaupt die entsprechenden leistungsfähigen Algorithmen zu entwickeln. Das können wir nur in Europa schaffen. Das wollen wir uns weder in den USA, noch in China, noch in Russland einkaufen. Deswegen ist diese europäische Zusammenarbeit so wichtig. Ich sehe in der deutsch-französischen Allianz in diesem Sinne auch einen Teil eines europäischen Verbundes – und das wird in der Resolution ausdrücklich unterstrichen.

Ich möchte mich bedanken, dass in der Tischvorlage zu dieser Resolution die Ziffer 5 neu aufgenommen wurde und alles andere dadurch nach hinten rutscht, womit ein direkter Zusammenhang zum Aachener Vertrag hergestellt wird. Es ist ja bemerkenswert, dass im Aachener Vertrag neben vielem sehr allgemein Gehaltenem dieses virtuelle Zentrum für KI ausdrücklich genannt wird. Ich finde es wichtig, dass wir hier am Oberrhein sagen, wir wissen, dass es so etwas geben soll und wollen natürlich dabei sein. Ich sage das deswegen, weil dieses Thema im Moment in einer kleinkrämerischen Konkurrenz zwischen den Regionen Schaden zu nehmen droht. Das können wir uns bei diesem wichtigen Thema gar nicht leisten. Ich sehe, dass es auf der bundesdeutschen Seite eine starke Fokussierung auf das DFKI gibt und vor allem, dass der Standort Saarbrücken immer ganz vorne genannt wird. Schaut man sich aber die einzelnen, auch wissenschaftlichen Outputs an, können wir hier im Oberrhein gut mithalten; wir sind in bestimmten Bereichen der Anwendungsforschung dem sogar weit voraus, was am DFKI publiziert wird.

Deswegen wäre es schade, wenn der Fokus einer deutsch-französischen Zusammenarbeit sich fast ausschließlich auf das DFKI reduzieren würde. Ich begrüße es deswegen ausdrücklich, Frau stellvertretende Präsidentin, dass Sie den Oberrhein als Kompetenzzentrum, vor allem den EUCOR-Universitätsverbund als wichtigen Player genannt haben und demnächst in einer Präsentation am 27.06 hier vorstellen werden.

In Baden-Württemberg erleben wir es leider so, dass man so begeistert ist, dass man im Cyber-Valley in Stuttgart und Tübingen jetzt so viel Geld in eine Max-Planck-Institution investiert hat, sodass man immer vergisst, dass es neben der dort betriebenen Grundlagenforschung auch Anwendungsforschung geben muss. Daher wird Baden-Württemberg im Moment von der Landesregierung permanent unter Wert verkauft, weil man immer nur mit der Cybervalley international unterwegs ist. Deswegen helfen Sie uns in Karlsruhe, aber auch am ganzen Oberrhein, wenn Sie den Oberrhein immer mitdenken und miteinbringen als Region Grand Est, weil wir es sonst nicht hinbekommen werden, die gesamte Kompetenz, die wir hier haben, in diesen deutsch-französischen aber auch europäischen Verbund einzubringen.

Ich möchte in dem Zusammenhang sagen (der Kollege hat schon auf seine Veranstaltung hingewiesen), Anfang Oktober wird es von einem Bundesverband der KI-Unternehmen einen ersten deutsch-französischen KI-Gipfel in Karlsruhe geben – zu dem Sie alle herzlich eingeladen sind – mit dem wunderbaren Titel „*Artificial Intelligence meets Intelligence artificielle*“. Das Deutsche spielt offensichtlich keine Rolle mehr, aber daran müssen wir uns gewöhnen.

Eine letzte, etwas witzige Bemerkung: Um die Buchhalter habe ich keine Angst, solange das deutsche Steuerrecht so bleibt und sich weiter perfektioniert. Ich teile Ihre Einschätzung: Wir haben schon andere Transformationsprozesse hinbekommen. Wenn ich mir die deutlich schmälere Jahrgänge anschau, die jetzt ins Berufsleben kommen und mit den starken Jahrgängen vergleiche, die in den nächsten zehn Jahren das Berufsleben verlassen werden, glaube ich nicht, dass es in erster Linie ein Angstthema ist, sondern das Thema: Nach welchem Wertesystem wollen wir uns mit welchen Maschinen in den nächsten 10-20 Jahren helfen lassen. Wenn da Europa den Anschluss verliert oder keine eigenständige Konzeption entwickelt, dann werden über die Maschinen die Werte in Frage gestellt, die uns eigentlich untereinander so wichtig sind.

Frau MERABET:

Vielen Dank für Ihre Wortmeldungen. Es lässt sich dabei weitgehende Übereinstimmung feststellen, wenn es darum geht, unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen zu erklären, inwiefern KI sie betreffen wird und ihren Alltag verbessern kann. Wir müssen die Wege, die in die Zukunft unserer Mitmenschen führen, ebnen. Allein schon wegen der Auswirkungen auf die Beschäftigung. Ich stimme ihnen darin zu, dass weder die Region Grand Est, noch Baden-Württemberg, noch das Saarland, noch Frankreich allein, noch Deutschland allein in diesen Wettbewerb eintreten, geschweige denn ihn allein gewinnen können.

Ich begrüße also diese Zusammenarbeit auf Oberrheinebene. Ich denke, dass wir in der Lage sein werden, der Europäischen Kommission geschlossen zu sagen, dass man die ersten Versuche, – fast möchte ich sagen, die breit angelegten – auf der Ebene dieses europäischen Tals geschehen lassen soll. So könnten wir auch die technischen Revolutionen der Zukunft in die Wege leiten. Wir sind aber auch das Gebiet, in dem die unter KI stehende Welt von morgen erdacht wird. Ich glaube, dass wir in der Lage sind, im Dialog mit den europäischen Entscheidungsträgern eine sehr starke und ausgefallene politische Sprache zu halten. Ich begrüße ihre

Arbeiten in dieser Hinsicht und freue mich, dass unsere Gedankengänge in die gleiche Richtung gehen. Ich wünsche Ihnen eine gute Sitzung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frau GANTER:

Mir scheint, dass jetzt schon Vieles in Bezug auf die vorgeschlagene Resolution gesagt worden ist. Bemerkungen, die uns erreicht haben, wurden schon miteinbezogen. Es steht ja in Ziffer 13, dass diese Resolution nun die vier thematischen Kommissionen des ORR mit der Umsetzung dieser Überlegungen und Vorhaben beauftragt. Wir werden also bestimmt bald anlässlich unserer kommenden Sitzungen auf dieses Thema wieder zurückkommen werden.

Haben Sie etwaige Bemerkungen dazu? Nein. Wir können diese Resolution also verabschieden. Ich danke Ihnen sehr. Danke Lilla.

6. Arbeiten und Resolutionsentwürfe der Kommissionen

6.1. Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Gesundheit

Herr Theo KAUTZMANN:

Meine Damen und Herren, ich darf für die Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Gesundheit hier einen kurzen Bericht geben. Herr BRODBECK steht uns leider in seiner Funktion als Vorsitzender nicht mehr zur Verfügung. Ich möchte ihm für seine Arbeit sehr herzlich danken, denn es ist ihm immer wieder gelungen, interessante Themen zu bearbeiten und uns hervorragende Referenten anzubieten, die wir oft im kleinen Kreise entsprechend gut „ausquetschen“ konnten bzw. wir haben sehr viel für unsere persönliche Arbeit mitnehmen können und das Ganze für die Arbeit im ORR umsetzen.

Herr BRODBECK hat die letzte Sitzung in seiner Heimatgemeinde Arlesheim gehalten und wir haben dort zum Thema „*Mit KI in die nähere Zukunft: Ein- und Ausblicke in eine revolutionäre Welt*“ dies am praktischen Beispiel erleben können. Wir haben uns auf einem ehemaligen Industriegelände getroffen und konnten uns durch die Investoren, die dort für große internationale Konzerne ein Zentrum für Digitalisierung und KI bauen und 54 Mio. investieren, aus erster Hand informieren lassen. Ich fand es beeindruckend, wie er das organisiert hat. So hat er auch die letzten 10 Jahre sehr gut gearbeitet.

Wir haben dazu keine Resolution gemacht. Ansonsten haben wir die Arbeit hier regelmäßig mit Resolutionen befruchten können. Dazu diesmal nichts. Ich kann aber berichten, dass Herr BRODBECK im letzten Halbjahr noch weitere Informationsmöglichkeiten für uns geschaffen hat u.a. in einem trinationalen Gesundheitsforum, wo wir mitwirken und uns informieren konnten. Ein weiteres Beispiel für das Thema Arbeitsmarkt: Die Geschäftsleitung der Firma Novartis hat uns grenzüberschreitend über strukturelle Veränderungen in ihrem Personalbereich informiert: 1700 Leute werden neue Arbeitsplätze brauchen oder dem Sozialplan angegliedert werden. Ich war auch dort, ich muss sagen: So stelle ich mir praktische Arbeit im ORR vor. Es war hoch interessant dies alles zur Kenntnis zu nehmen und auch mitreden zu können, wenn es darum geht, wie wir diese Arbeit für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nutzen. Es sind ja sehr viele Leute aus dem Elsass und aus Südbaden bei Novartis betroffen. Hunderte von Mitarbeitern. Aus allen Teilen der Großregion Basel waren auch Leute da, die tief betroffen waren, zum Teil in der eigenen Familie.

Es ist nicht nur so, dass wir uns zu einzelnen Sitzungen treffen und dann eine Resolution verabschieden, sondern wir arbeiten wirklich konkret an Projekten mit. Dafür an Peter BRODBECK herzlichen Dank!

Frau GANTER:

Vielen Dank für diese Berichterstattung!

6.2. Kommission Landwirtschaft-Umwelt-Klima-Energie

Resolution: „Grundwasserschutz im Oberrheingraben sicherstellen“

- Marie-France VALLAT, Mitglied des Departement-Rats Haut-Rhin

Herr Daniel ADRIAN:

Ich möchte Ihnen einleitend sagen, dass ich mich als Vorsitzender dieser Kommission besonders freue, denn sie steht für Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Energie. Dabei stelle ich fest, dass der Bereich Klima alle betrifft, was auch eine besonders effiziente Zusammenarbeit ermöglicht. Wir hatten am 13. Mai eine Kommissionssitzung in Colmar (ich bedanke mich bei allen Kommissionsmitgliedern, die an diesem Tag anwesend waren) mit wichtigen Themen um die Landwirtschaft, aber auch mit einem Thema, bei dem es um den Schutz unseres Grundwassers geht.

Also, Arbeiten über die Landwirtschaft und vor allem, inwiefern diese zum Klimaschutz beitragen kann: Somit sind wir genau beim Thema. Wir hatten eine Präsentation von Herrn Lukas KILCHER, dem Leiter des Ebenrain-Zentrums für Landwirtschaft, aus dem Kanton Basel-Land. Wir hatten daneben auch einen wichtigen und interessanten Vortrag von Herrn Michael KRUMM, dem Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Regierungspräsidium Freiburg. Das waren äußerst wichtige Beiträge angesichts dessen, was in nächster Zukunft auf uns zukommt, nämlich Klima-Erwärmung, Klima-Maßnahmen, usw. Ich glaube wir werden im Dezember darauf zurückkommen.

Heute möchte unsere Kommission Sie hauptsächlich über den Grundwasserschutz unterrichten. Zu diesem Zweck hatten wir zur Kommissionssitzung unsere Kollegin Frau Marie-France VALLAT, Mitglied vom Departement-Rat und beigeordnete Bürgermeisterin von Wittenheim, die mit dem Thema STOCAMINE sehr vertraut ist, eingeladen. Ich möchte sie nun bitten, so freundlich zu sein, uns den gleichen Vortrag zu halten, wie an jenem Tag. Dies auch auf den Wunsch aller anwesenden Kommissionsmitgliedern – ich schaue mich um, Herr PIX, Frau SCHWARZ... Sie waren daran interessiert, da das Problem STOCAMINE nicht nur französisch oder elsässisch ist, sondern unser gemeinsames Grundwasser betrifft. In diesem Sinne, Meine sehr geehrten Damen und Herren, möchten wir Ihnen das vorschlagen und anschließend die Resolution.

Frau GANTER:

Vielen Dank, Daniel. Ich glaube, Du hast vergessen zu erwähnen, dass Frau VALLAT auch Forscherin beim CNRS ist.

Herr ADRIAN:

Ich habe es nicht vergessen, sondern ich wollte es ihr überlassen.

Frau Marie-France VALLAT:

Forscherin, allerdings im Ruhestand und schon gar nicht in diesem so besonderen Bereich. Vielen Dank, Frau Vorsitzende, dafür, dass Sie mir einige Minuten gewähren und danke auch Daniel ADRIAN, dass er dieses Thema vorgeschlagen hat, von dem wir feststellen konnten, dass es nicht rein elsässisch ist, sondern auch Sie angeht.

Ich muss Ihnen kurz erklären, was das Kalibecken ist. In 1910 wurde mit der Förderung von Kali im Becken nördlich von Mülhausen begonnen. In einem Konzessionsgebiet von etwa 222 km² wurden im Laufe der Zeit 567 Mio. t Steinsalz und 140 Mio. t Kaliumchlorid gefördert, die hauptsächlich zur Herstellung von landwirtschaftlichen Düngemitteln gebraucht wurden. Ende der neunziger Jahre, als das Vorkommen dem Ende zuzuging und die Stollen immer schmaler wurden, wurde ein industrieller Umstellungsplan vorgeschlagen, wobei die Kaligruben bis Ende 2004 stillgelegt werden sollten.

Im Jahr 1989 schlägt das Unternehmen STOCAMINE ein erstes Projekt zu Lagerung von Endabfällen vor. Am 3. Februar 1997 wird die Genehmigung dazu erteilt. Fast 6 Jahre hat es gebraucht, um die Genehmigung für eine unterirdische Lagerung von Endabfällen zu erlangen, wobei die Umkehrbarkeit ausdrücklich zur Bedingung gemacht wurde, ansonsten die elsässischen Mandatsträger nicht eingewilligt hätten. Die maximale Dauer der Lagerung wurde auf 30 Jahre festgelegt und die Umkehrbarkeit bedeutet, dass die Abfälle wieder herausgenommen werden sollten. Auch die Lagerungsmengen und -bedingungen in großer Tiefe bis 600 m in den Steinsalzvorkommen (NaCl), also unterhalb der Kalistollen, wurden festgelegt.

Am 10. Februar 1999 werden die ersten Ladungen in Empfang genommen und bis September 2002 werden, über 42.000 t an Abfällen dort gelagert, darunter etwa die Hälfte zur Klasse 1 gehörend: über 70.000 Frachtstücke, entweder Fässer oder sog. Bigbags. Welche Endabfälle wurden dort abgelagert? Hauptsächlich Härtereisalze mit und ohne Zyanide, Arsen- und Quecksilberhaltige Abfälle sowie Industrie- und Hausmüllverbrennungsrückstände (*franz. Abk. REFION und REFIDI*). Selbstverständlich wurden auch Schwermetalle wie Quecksilber, Antimon und Chrom gelagert.

Am 10. September 2002 bricht ein Brand im Block 15 aus, wo sich beinahe 3.000 Frachtstücke befinden, und aus verschiedenen Gründen braucht es fast 2 Monate bis er gelöscht ist. Dieser Brand führt zum sofortigen Halt der Müllablagerung und zur frühzeitigen Stilllegung des Bergbaus. Dies ist die Geschichte dieser Müllablagerungsstätte, mit der wir heute ein Problem haben.

Verschiedene Studien wurden bereits vor einiger Zeit durchgeführt. Die Mandatsträger kämpfen schon lange, damit diese Abfälle aus den Stollengängen entfernt werden, weil sie irgendwann das Grundwasser verseuchen werden. Die letzten Studien der staatlichen Organisation für Geologie und Bergbauforschung, des *Bureau de recherches géologiques et minières* (BRGM), hat internationale Experten bemüht (darunter auch Deutsche und Spanier) und die Machbarkeit der Räumung dieser Lagerstätte bewiesen.

Heute, nach der Entfernung der Quecksilberprodukte, die beschlossen und umgesetzt worden war, bleiben noch nahezu 60.000 Frachtstücke übrig. Rund 2.300 t Quecksilbermüll wurde aus den Stollengängen entfernt, das entspricht etwa 24 t Quecksilber. Wir wissen, dass es noch Schadstoffe in diesen Stollen gibt. Trotzdem hat das Ministerium für den ökologischen und solidarischen Wandel beschlossen, die Variante einer Eindämmung vor Ort festzuhalten. Seitdem die Entscheidung Anfang des Jahres getroffen wurde, gab es am 12. Februar 2019 eine Sitzung

auf Aufforderung der gesamten Mandatsträger auf allen Ebenen. Sie wollen alle diese Räumung. Bei dieser Sitzung konnte der Minister dazu gebracht werden, seine Position zu mildern und er hat eine sowohl technische wie finanzielle Studie in Auftrag gegeben (von der mir nicht bekannt ist, wo sie jetzt steht), welche die Fortsetzung eine Teilbergung, parallel zur Eindämmung des aufgrund des Brandes problembelasteten Block 15, ermöglichen sollte. Wie auch immer, diese Studie sollte die Fortsetzung einer Teilbergung der in den Stollen von STOCAMINE gelagerten Schadstoffe gestatten.

Welches sind die Gefahren für das Grundwasser? Die Fachleute vertreten zwar unterschiedliche Meinungen, aber alle sind sich in der Prognose einig, dass letztendlich die Stollengänge überflutet sein werden und das Grundwasser verseucht. Die Diskussion dreht sich eher um die Menge der Schadstoffe, die ins Grundwasser übergehen werden und den Zeitpunkt zu welchem das geschehen wird. Aber den kommenden Generationen wird eine unumkehrbare Verseuchung des Grundwassers in den Schoß gelegt.

Angesichts der Zeit, die mir zur Verfügung steht, werde ich nicht viel über den Verseuchungsprozess des Grundwassers sagen (Siehe Skizze der Phase 2: „Herausdrücken der Schadstofflauge ins Grundwasser“). Sie sehen den Stollen, der gesondert für die Lagerung der Endabfälle gebohrt wurde. Er befindet sich unter den Lagen des Kalibergbaus. Das Sickerwasser wird allmählich die Stollen überschwemmen. Es wird zur Verseuchung des Grundwassers kommen. Das Zusammenbrechen der Stollen, die Auffüllung der Leerräume wird die Schicht mit den überschwemmten Stollen unter Druck setzen, sodass die Verseuchung über den gleichen Weg, wie das Wasser gekommen ist, ins Grundwasser herausgedrückt werden wird.

Warum können wir behaupten, dass das Grundwasser auf jeden Fall verseucht werden wird? Daten, die seit 2003 bekannt sind. Jetzt schon gibt es eine Verseuchung durch Chloride. Der orangefarbene Bereich auf dem Bild zeigt, dass die Verseuchung durch Chloride bereits stattgefunden hat und sich weit über den Ausgangspunkt ausgebreitet hat. Wer ist betroffen? Das Elsass natürlich. Aber diese kleine Skizze zeigt Ihnen, dass das Grundwasser nicht an der Grenze stehen bleibt, sondern sich weit nach Deutschland hinein ausdehnt. Letztendlich wird die Verseuchung sich über das gesamte Grundwasservorkommen ausbreiten.

Was kostet es, die Stollengänge zu räumen? Ich würde sagen, dass man bei der Mindestvariante d.h. bei einer Eindämmung ohne Bergung alles in den Stollen lassen würde, Betonpropfen anbringen und die Schächte schließen würde: Das würde etwa 90 Mio. Euro kosten. Studien und Berechnungen haben erwiesen, dass die Kosten einer Gesamtbergung mit der in jedem Falle notwendigen Eindämmung sich auf 390 bis 440 Mio. Euro belaufen. Das sind natürlich enorme Beträge, die auf dem Spiel stehen. Jedoch muss man sie mit den Dekontaminierungskosten vergleichen, die wir in unserer Region schon gekannt haben. Ich meine hier die in der gleichen Größenordnung von NOVARTIS geleistete Lindan-Sanierung in Huningue bzw. von NOVARTIS getragen. Des Weiteren gab es auch eine Chemie-Verseuchung in Bonfol. Ein Schweizer Konsortium hatte die Sanierung des Standortes übernommen, um ihn wieder nutzen zu können.

Wo stehen wir jetzt? Es gab verschiedene Klagen vor Gericht. Als Mandatsträger sind wir wirklich auf die Barrikaden gegangen, weil wir uns bewußt sind, dass diese Sanierung letztendlich stattfinden wird. Die verschiedenen Gerichtsverfahren von Seiten des Departement-Rates, des Regionalrates, der Vereinigung Alsace-Nature, vom Verbraucherschutzverein CLCV und von

der Gemeinde Wittenheim haben bis jetzt nicht gefruchtet. Die Anträge wurden vom Gericht abgelehnt. Aber die Mandatsträger und -trägerinnen machen weiterhin Druck.

Ich möchte der Kommission von Daniel ADRIAN und seinen Mandatsträgern und –trägerinnen danken, dass sie sich dieses Anliegen angenommen haben, eines ernststen Anliegens, das weit über unser Elsässisches Gebiet hinausgeht und das weitergetragen werden muss. Ich danke auch Ihnen dafür, Frau Vorsitzende, dass sie mir Gehör geschenkt haben und uns helfen, damit die Meinung über die notwendige Räumung der gesamten im Kalirevier befindlichen Schadstoffe vorankommt. Antimon habe ich nicht erwähnt, denn es handelt sich um einen Stoff von dem ich erst vor kurzem gehört habe; es ist äußerst kontaminierend. Übrig bleiben noch Quecksilber, Antimon und Schwermetalle. Wenn man bedenkt, wie schwierig es ist, reines, sauberes Wasser zu finden, denke ich, dass es doch in unserer aller Interesse liegt, unseren Kindern, Enkel- und Urenkelkindern dieses wesentliche Grundwasservorkommen nicht in verseuchtem Zustand zu überlassen. Ich danke Ihnen allen, dass Sie so freundlich waren, sich dieses Anliegens, das mich in meinem Kanton als Mandatsträgerinnen ganz besonders berührt, anzunehmen!

(Beifall)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Frau VALLAT, für diesen Vortrag. Gibt es dazu Fragen? Nein.

Herr ADRIAN:

Vielen Dank, Marie-France. Es ist uns deutlich geworden, wie sehr es Dir daran liegt, dieses Anliegen zu vertreten – und wie berechtigt das ist. In Deinen Worten lag Bewegtheit, Überzeugung, aber auch Kampfbereitschaft.

Ich möchte Ihnen nun diese Resolution, die Sie erhalten haben, zur Abstimmung anbieten. Der Oberrhein erfüllt in dieser Hinsicht seine Berufung und gewinnt dadurch seine Bedeutung: Ein Land kann dem anderen helfen oder über die anderen Länder können wir elsässische Mandatsträger einen Schritt weiterkommen bei diesem Problem.

Die wichtigsten Punkte dieser Resolution sind die zwei letzten. Wir begrüßen natürlich die Entscheidung des Umweltministeriums. Aber vor allem geht es um den letzten Punkt:

8. ersucht die französische Regierung zum Schutz des Grundwassers dafür Sorge zu tragen, die noch in der stillgelegten Sondermülldeponie befindlichen Abfälle zu bergen und einer sicheren Entsorgung zuzuführen.

Die Resolution wird selbstverständlich an die verschiedenen Ministerien in Frankreich, in Deutschland und in der Schweiz sowie an das deutsch-französische Parlament geschickt.

Frau VALLAT:

Dürfte ich Sie bitten, diese Resolution auch direkt an die Mandatsträger und –trägerinnen zu schicken? Sie werden mit Sicherheit die Unterstützung des Oberrheinrates schätzen. Im Regionalrat sind Sie bereits, aber z.B. den Departement-Räten und vielleicht auch dem Gemeindezweckverband m2A (*Mulhouse Alsace Agglomération*). Vielen Dank!

Frau GANTER:

Wir haben es notiert.

Herr ADRIAN:

Kein Problem.

Herr FREY:

Ich würde einfach die Gelegenheit nutzen zu fragen, weil ein Vertreter des Umweltministeriums da ist, der diese Resolution nächste Woche vielleicht in seinem Briefkasten haben wird, ob er schon jetzt etwas dazu sagen will. Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, das findet alles auf der französischen Seite statt: Da halten wir uns zurück. Aber ich wollte hören, ob eine differenzierte Haltung bei unserem Ministerium schon sichtbar ist.

Herr Dr. BAUMANN:

Vielen Dank für diese eindrucksvolle und besorgniserregende Präsentation. Ich habe vorhin über Klimaanpassungsmaßnahmen im Bereich der Wasserwirtschaft gesprochen. Eine der wichtigsten Anpassungen ist, dass wir unser Grundwasser auch für zukünftige Generationen schützen. Der Grundwasserkörper im Oberrheingraben ist einer der wichtigsten in Deutschland und in Mitteleuropa. Deswegen ist es dringend notwendig, dass wir diesen grenzübergreifend schützen. Ich begrüße Maßnahmen zum Schutz unseres Grundwassers. Deswegen, vielen Dank, dass wir eine Resolution zum Schutz unseres Grundwassers bekommen werden.

Herr ADRIAN:

Bevor wir zur Abstimmung der Resolution schreiten, möchte ich lediglich als Kommissions-Vorsitzender die Präsentationen miteinbeziehen und begrüßen, die wir heute von Herrn BAUMANN und Herrn PLATTNER gehört haben, dabei diesen versichern, dass sie hier richtig liegen, denn jene grenzüberschreitende Zusammenarbeit findet tatsächlich hier im Oberrheinrat statt. Wir haben vorhin von Herrn PLATTNER gehört, dass gewisse Dinge an der Grenze Halt machen. Hier ist dies eben nicht der Fall.

Ich möchte noch etwas ansprechen, was immer wieder vorkommt. Entweder verfügen wir hier im Oberrheinrat nicht über ausreichende Mittel oder wir betreiben nicht genug Kommunikation über die vielen Themen, die wir bearbeiten. Daher tut jeder in seiner Ecke (ich schaue nach Freiburg und Karlsruhe) das Rad wiedererfinden; jeder hat das gute Recht dazu und das eigentliche Problem liegt nicht da. Aber es ist wichtig, dass auch gemeinschaftliche Arbeit stattfindet. Wir haben gemeinsam die Verpflichtung nachzuweisen, inwiefern und auf welche Art und Weise wir uns der Belange unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen annehmen. Das wird nicht genug gesagt. Wir machen darüber nicht genug Kommunikation.

(Etwas Beifall)

Frau GANTER:

Wenn es keine weiteren Bemerkungen über die Resolution gibt, ist diese verabschiedet und wird an alle vorgeschlagenen Adressaten geschickt. Vielen Dank.

Du hast Recht, Daniel. Es wird uns heute Vormittag bewußt, dass wir so viele Themen für diese zwei Stunden vorgesehen haben und die Zeit sehr knapp ist. Es gibt jetzt schon so viele Themen, wo der Bedarf vorhanden ist, sich auszutauschen und zu diskutieren, was auch beweist, dass die Zusammenarbeit zunimmt.

6.3 Kommission Verkehr-Raumordnung-Katastrophenhilfe

Resolution: „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen im Grenzraum CH-D-F am Oberrhein“

Resolution: „Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen am Oberrhein“

Herr Dr. Christoph SCHNAUDIGEL:

Wir haben uns nochmal mit dem Thema der Anerkennung der Umweltplaketten im Oberrhein beschäftigt. Da sind wir leider immer noch nicht weiter gekommen. Wir haben das Anliegen erfolglos bislang an die zuständigen Regierungen gewendet.

Von der französischen Regierung haben wir überhaupt nichts gehört. Von der baden-württembergischen Regierung haben wir gehört, dass die Anforderungen der beiden Länder leider zu unterschiedlich sind. Wir haben diese negativen Äußerungen zum Anlass genommen, um die deutsch-französische Parlamentariergesellschaft anzuschreiben. Insbesondere den Vorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten JUNG habe ich mit dieser Thematik beschäftigt, denn es ist sicher auch Sinn des Aachener Vertrages, dass solche grenzüberschreitenden Probleme dann auch wirklich vielleicht mal bei den Abgeordneten ankommen. Wir werden uns in der nächsten Kommissionssitzung mit diesem Thema noch mal beschäftigen und werden nicht sofort nachlassen.

Wir haben Ihnen zwei Resolutionen nach teilweise sehr intensiver Diskussion vorgelegt.

Resolution: „Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen im Grenzraum CH-D-F am Oberrhein“

Das ist ein bisschen ein Ausfluss dessen, dass wir uns in der Resolution vom 3. Dezember vor allem mit den Verkehren zwischen Deutschland und Frankreich beschäftigt haben. Wir haben noch einmal die zentralen Anliegen bekräftigt und wenden uns jetzt insbesondere Projekten im Grenzraum mit der Schweiz zu.

Das betrifft vor allem den Bahnanschluss zum EuroAirport und um die Wichtigkeit dieses Flughafens. Wir schlagen Ihnen eine Änderung vor, ich glaube es ist etwas Erfreuliches. In Ziffer 7 steht noch, dass wir an den Schweizer Nationalrat appellieren, die Planungsmittel bereitzustellen; das ist gemacht. Wir können dies also ändern und sagen: „Wir begrüßen es, dass 100 Mio CHF zukünftig bereitgestellt werden.“ Vielleicht können wir uns einbilden, dass ein Stück weit dieses Begrüßen auch auf unsere Arbeit zurückzuführen ist, weil wir das immer schon gefordert haben und entsprechende Schreiben an die Verantwortlichen in die Schweiz gegangen sind.

Wir sprechen uns für die Verlängerung der Bahnsteige in Olten aus. Das ist erforderlich, um die Fernverkehrsverbindungen von Deutschland Richtung Mailand aufrecht zu erhalten.

Wir haben uns nochmal (auch eine Forderung von vergangenen Jahren) mit der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke beschäftigt, aber da ist neu, dass es uns nicht genügt, wenn sie elektrifiziert wird, sondern es muss gleichzeitig ein Ausbau dieser Strecke erfolgen. Wir wollten natürlich auch, dass dies möglichst früh geschieht. Wir haben gleichzeitig nochmal darauf Wert gelegt, dass wir Gefahrguttransporte auf dieser Strecke ablehnen.

Dann gibt es eine ganze Reihe neuer Forderungen (Ziffer 17 bis 21) betreffend Errichtung der Palmrain-Eisenbahnbrücke, Prüfung einer Autobrücke zwischen Neuenburg und Basel. In der

Agglomeration Basel soll der Ausbau von Park & Pool sowie Park & Ride Konzepten empfohlen werden. Zu guter Letzt fordern wir auch nochmal Maßnahmen, damit die Lkw-Staus an den Grenzübergängen abgebaut werden.

Dieses zu dieser detaillierten und umfangreichen ersten Resolution. Wollen Sie diese gleich zur Abstimmung stellen oder erst die zweite Resolution hören?

Frau GANTER:

Kommentare, Bemerkungen? Sie wurde lange bearbeitet und diskutiert. Die Arbeit, die geleistet wurde, muss begrüßt werden. Können wir sie verabschieden? Einstimmig. Vielen Dank.

Herr Dr. SCHNAUDIGEL:

Vielen Dank. Dann zur zweiten: „*Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen im Ober-rheinraum*“. Damit haben wir uns auch schon mehrmals beschäftigt. Anlass war jetzt ein Anliegen der ORK, dass wir uns parallel, ORK und ORR, für diese grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen stark machen und, vor allem, von den nationalen Regierungen zeitnah Zeichen bekommen für die Aufnahme der Verbindungen ins Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V), damit eine europäische Ko-finanzierung möglichst schnell sichergestellt werden kann.

Gibt es Änderungen in dieser Resolution? Es war ein Wunsch vor allem von französischer Seite. Wir haben von Seiten der Kommission überhaupt keine Bedenken, diese Änderungen aufzunehmen. Sie verdeutlichen nochmal unser Anliegen. Erfreulich ist ja, dass man zumindest der Presse entnehmen konnte, was Colmar-Breisach anbetrifft. Das deutsche Verkehrsministerium hat seine abwehrende Haltung aufgegeben und zugesagt, dass es sich bei der Realisierung und Überprüfung dieser Bahnstrecke beteiligen wird. Frau SCHÄFER, vielleicht können Sie nachher etwas dazu sagen; so habe ich es der Presse entnommen.

Was die nördliche Verbindung Hagenau-Saarbrücken anbetrifft, sind wir noch nicht so weit. Ich habe die Bundestagsabgeordneten nochmal angeschrieben. Der Oberbürgermeister MENTRUP ist auch wieder tätig geworden. Wir sind zusammen mit dem Verkehrsministerium Baden-Württemberg nochmal dabei, die Aufnahme in die TEN-V Liste zu erreichen. Wenn wir diese Resolution verabschieden, dann vielleicht noch gemeinsam nachhaken. Natürlich hilft es uns, wenn der Widerstand des Bundesverkehrsministeriums im südlichen Bereich gebrochen ist. Dann können wir sagen, dass es mindestens diese Bedeutung im nördlichen Bereich haben muss. Das hilft uns vielleicht in der Argumentation. Aber zumindest ist es, was Colmar-Breisach betrifft, ein kleiner Zwischenschritt.

Wir haben uns nochmal mit der Appenweier-Kurve beschäftigt. Der Wunsch kam von der Ortenau, dass wir die weiteren Planungen auf jeden Fall mit der Gemeinde vor Ort abstimmen. Es ist auch sehr wichtig, dass die notwendigen Planungskapazitäten dann zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben das Thema Hochgeschwindigkeitstrecke LGV Rhin-Rhône auch nochmal aufgenommen. Wir haben nochmal das Thema Code 24 / Ausweichstrecken Redundanz als Folge der Havarie des Rastatter Tunnels auch nochmal in die Resolution aufgenommen.

Wir fordern Maßnahmen gegen den Niedrigwasserpegel des Rheins, damit dieser ganzjährig befahrbar bleibt; das war der Umweltkommission wichtig. Aber das haben wir auch zum Anlass genommen, dass wir uns in der nächsten Kommissionssitzung gemeinsam mit Vertretern der

Häfen mit diesem Thema nochmal gesondert beschäftigen. Da sind wir nämlich auch wieder beim Klimawandel, der im letzten Jahr die Schiffbarkeit des Rheins sehr beeinträchtigt hatte.

Das war es zu dieser Kommission. Die Änderung sehen Sie. Die Ziffer 4 habe ich jetzt vergessen. Das war eine Anregung von Seiten der ORK, aber es ergänzt das Ganze, was wir schon in den vorherigen Resolutionen beschlossen haben. Deshalb würde es uns freuen, wenn Sie auch dieser Resolution zustimmen würden. Herzlichen Dank.

Frau GANTER:

Gibt es Fragen?

Herr Werner SCHREINER:

So wie es vorgelegt wurde, ist es falsch. Es kann einfach so nicht stehen bleiben. Wenn Sie an den Paragraph 3 gehen:

„Der Oberrheinrat bittet die nationalen Regierungen, dass sie die Anträge der Region Grand Est, der Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg unterstützen, damit die fehlenden Bahnverbindungen in Brüssel aufgenommen werden.“

Also, da muss man den Text umarbeiten. Es gibt auch keine Strecken, die von der Stilllegung bedroht sind, wie es hier in dem Text steht. Das ist leider so nicht richtig. Vielleicht ist in der Übersetzung ins Deutsche etwas untergegangen. „*Ertüchtigung durch Stilllegung*“. Da geht es um Verbesserung der Infrastruktur, also um Unterstützung der Infrastruktur durch die nationalen Regierungen und die EU, aber von Stilllegung ist gar nichts bedroht. Das würde ja das, was wir in den letzten Wochen gemacht haben, ad absurdum führen. Das befindet sich auf Seite 2 oben im Text, der mir vorhin ausgehändigt wurde.

Dann möchte ich mir noch einen Nachsatz erlauben...

Herr Dr. SCHNAUDIGEL:

Vielleicht kann man etwas ganz Grundsätzliches dazu sagen. Diese Änderung war ein Wunsch der französischen Seite, der gestern oder heute noch hereingekommen ist. Ich glaube, das Anliegen, das wir haben, verbindet uns beide. Vielleicht können wir das im Nachgang regeln. Es waren sicher auch Übersetzungsfehler. Ich glaube, es ist kein großes Problem.

Frau Evelyne ISINGER:

Danke, Frau Vorsitzende. Danke, Herr SCHNAUDIGEL. Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen als neu ernannte Beauftragte für den grenzüberschreitenden Verkehr erkläre was mit diesen zwei Verbindungen, die wir hinzufügen möchten, alles auf dem Spiel steht.

Wie Sie wissen, geht es bei diesen zwei Linien um etwas von wesentlicher Bedeutung, da die Region Grand Est in einer Partnerschaft mit drei Ländern, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ein geschichtlich einmaliges und besonders hochgestecktes Vorhaben verfolgt mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Verbindungen auszubauen. Es geht um Taktverkehr ohne Umsteigen d.h. es kann sich mit nichts schon Vorhandenem vergleichen. Das liegt uns verständlicherweise sehr am Herzen. Es ist auch klar, dass diese Verbindungen über nationale Interessen hinausgehen. Es geht eindeutig um ein grenzüberschreitendes Interesse.

Sie wissen auch, dass wir derzeit in Frankreich dabei sind, ein neues Ausrichtungsgesetz über Mobilität einzuführen. Im Hinblick auf dieses sog. LOM-Gesetz (*Loi d'Orientation des Mobilités*), das noch nicht erschienen ist, möchten wir diese beiden Verbindungen in die Resolution setzen, damit der Staat seine Verpflichtung in Bezug auf die Gesamtheit der sog. „schwach befahrenen Verbindungen“ aufrecht erhält. Gewiss haben wir heute noch einen schwachen Verkehr auf diesen grenzüberschreitenden Linien, das lässt sich nicht bestreiten, da sie weder Direktverbindungen noch im Taktverkehr sind. Aber es ist auch klar, dass wir mit diesem ganz konkreten neuen Projekt, das wir bis 2024 durchführen, das Verkehrsangebot attraktiv werden wird und diese Verbindungen viel stärker befahren werden. Deswegen ist es wichtig, dass insbesondere der französische Staat auf dieses ehrgeizige grenzüberschreitende Vorhaben aufmerksam gemacht wird und seiner Verpflichtung weiter nachgeht, zumal diese Schienenverbindungen Eigentum des Staates sind.

Also, in Bezug auf „von Stilllegung bedroht“ stimme ich Herrn SCHREINER völlig zu. Sie sind nicht von Stilllegung bedroht. Aber der Staat muss sich weiterhin für diese Verbindungen einsetzen, damit nicht die ganze Last auf die Region Grand Est fällt. Natürlich müssen diese Verbindungen zusätzlich durch europäische Mittel gefördert werden. Es handelt sich wirklich um strategische Verbindungen, die uns besonders am Herzen liegen und ich bitte Sie sehr, dies berücksichtigen zu wollen.

Frau GANTER:

Herr SCHREINER, möchten Sie etwas hinzufügen?

Herr SCHREINER:

Ich würde vielleicht hinzufügen, dass wir am Ende der Sitzung eine Formulierung machen, die alles abdeckt, was wir gemeinsam wollen und dann müsste das in Ordnung sein.

Es sei mir noch ein kleiner Hinweis erlaubt. Dass der Bund sich bewegt hat, war auf die harte Haltung der Länder zurückzuführen, die am 21. Mai mit dem Bund über das verhandelt haben, was im Vertrag von Aachen genannt ist. Wir haben eine sehr unfreundliche Linie gegenüber dem Bund gefahren, weil dieser uns nämlich erklärt hat, die Länder hätten genügend Geld und sollten es alles selber machen. Wir haben geantwortet: So sind nicht die Verabredungen. Dann hat man sich zu Folge dieser Sitzung vom 21. Mai im Bund nochmal bewegt. Wir waren zu dritt dort und hatten 10 Mann vom BMV vor uns sitzen. Ich bin dem Land Baden-Württemberg und auch dem Saarland sehr dankbar, dass wir diesen erklären konnten, wofür es hier geht.

Herr Dr. SCHNAUDIGEL:

Also, wie Herr SCHREINER gesagt hat, die Frage der Formulierung regeln wir später. Das ist jetzt sicher in der Eile des Gefechts anders formuliert worden. Das Anliegen ist ja das Gleiche. Deshalb glaube ich, wir kriegen das in jedem Fall hin.

Frau GANTER:

Vielen Dank.

Herr ADRIAN:

Ich hätte noch einen Punkt, der vorhin diskutiert wurde und die Ziffer 18 betrifft. In der französischen Fassung muss auf die Formulierung Acht gegeben werden...

Frau GANTER :

Das wäre die Resolution, die wir bereits verabschiedet haben....

Herr ADRIAN:

Wenn wir uns darüber einig sind, kann man das im Nachgang klarstellen. Ich blicke herüber zu meiner Kollegin und Mandatsträgerin, die Bürgermeisterin von Saint-Louis. Es ist für uns im Süden wichtig „*die Verkehrsverbindungen zwischen den drei Ländern zu verbessern*“, weil wir jeden Morgen Riesenstaus haben.

Das zielt in die gleiche Richtung, Evelyne, denn es soll dadurch und durch den SRADDET die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht werden. Lieber Herr SCHNAUDIGEL, wenn das nicht klar genug im Text steht, wird nie etwas geschehen. Deshalb insistieren wir und hoffen, es in die passenden Worte kleiden zu können und zwar so, dass es auch richtig verstanden wird.

Frau GANTER:

Wir können also diese zweite Resolution unter Vorbehalt der wenigen Änderungen, die der Präsident der Kommission ihnen soeben mitgeteilt hat, verabschieden. Vielen Dank!

Wir müssen jetzt noch in Kürze die vier Resolutionen der Kommission Sport vornehmen.

6.4. Kommission Kultur-Jugend-Ausbildung-Sport

Resolution: „Allgemeine Hindernisse bei grenzüberschreitenden Sportveranstaltungen“

Resolution: „Einrichtung eines Sportfonds am Oberrhein für Projekte mit geringem Finanzvolumen“

Resolution: „Olympische Spiele Paris 2024“

Resolution: „Weiterentwicklung des Museums-PASS-Musées“

Herr Wolfgang SCHWARZ:

Die Kommission Jugend, Bildung, Kultur und Sport war sehr fleißig. Das Ergebnis sehen Sie auf dem Tisch mit den vier Resolutionen. Wenn Sie hinterher noch Fragen haben, stehe ich gern zur Verfügung.

Wir haben eine Resolution vorgelegt, bei der es um die Olympischen Spiele 2024 in Paris geht. Der erste Punkt dürfte unstrittig sein: Dass wir es alle begrüßen, die Bedeutung des Sports bei internationalen Begegnungen weiterhin auszubauen.

Beim Punkt 2 geht es darum, dass Überlegungen unterstützt werden, die Oberrheinregion bei der Erstellung einer Liste zu berücksichtigen. Es geht darum, dass man grenzüberschreitend Orte auf einer Liste festhält, die dazu geeignet sind, Sportler unterzubringen, die Trainingsmöglichkeiten bieten, aber auch Sportveranstaltungen durchführen lassen können.

Das deckt sich dann mit dem Punkt 3, der etwas mehr ins Detail geht. Es war der Wunsch der Region Grand Est, dass wir diesen spezialisiert aufnehmen bzw. dass grenzüberschreitend die Verwaltungs- und Sportbehörden mit Einbeziehung der Sportbünde und -Organisationen angesprochen werden, inwieweit man ausländische Sportdelegationen im Rahmen der zu den

Olympischen und Paralympischen Vorbereitungen aufnehmen kann. Gibt es zu dieser Resolution Fragen? Sehe ich nicht.

Dann komme ich zur zweiten. Es ist eine Resolution zum Museumspass-Musée, der jetzt im 20. Bestehensjahr ist. Damals auf Schweizer Initiative entstanden. Wir wollten ihn bekannter machen. Dabei geht es aber nicht um eine räumliche Ausdehnung. Es soll schon im Gebiet des Oberrheinrates bleiben. Es geht darum, noch mehr Museen zu gewinnen. Als Zweites, Akquise zu machen, entsprechende Menschen mit Blick auf die jüngere Generation anzusprechen, um sie niedrigschwellig an bestimmte Kunst- und Kulturformen näher zu bringen. Das ist also Inhalt dieser Resolution. Gibt es Fragen, Anregungen Ihrerseits? Sehe ich nicht.

Die beiden anderen Resolutionen stammen aus der ORK. Wir stehen in engem Kontakt und unterstützen auch Bestrebungen aus der ORK. Bei der ersten Resolution geht es um die allgemeinen Hindernisse bei grenzüberschreitenden Sportveranstaltungen. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass bestimmte formelle Voraussetzungen in den einzelnen Ländern so starr sind, dass bestimmte Sportbegegnungen nicht stattfinden können bzw. dass schon bewährte Sportbegegnungen, wie der Lauf am Erlebnistag der deutschen Weinstraße von Wissembourg nach Bad Bergzabern oder umgekehrt gestrichen worden ist, weil diese formellen Dinge gar nicht zu erfüllen waren. Es geht also darum, dass man gemeinsam versucht, diese starren, formellen Bedingungen zu erleichtern. Das soll auch unter Einbeziehung des neuen parlamentarischen Rates geschehen, dass man auch dort Unterstützung findet. Es ist ja momentan auch eine neue Sportreform am Entstehen in Frankreich, sodass man die Unterstützung im Sinne von Erleichterungen mitnutzen könnte. Gibt es Fragen Ihrerseits? Auch hier nicht der Fall.

Dann komme ich zur letzten Resolution. Es geht um die Einrichtung eines Sportfonds am Oberrhein für Projekte mit geringem Finanzvolumen. Das Finanzvolumen wird aus der Oberrhein-Konferenz kommen, aber wir wollen das als ORR natürlich auch unterstützen, damit deutlich wird, wie wichtig wir einen solchen Sportfonds, der gewisse Dinge erleichtert, ansehen. Gibt es dazu Fragen?

Dann darf ich Ihnen sagen, dass wir uns auch in der Kommission mit KI beschäftigen werden. Die ersten Anregungen sind schon gemacht. Vom Kollegen SCHNAUDIGEL haben wir aufgenommen, nochmals alles auf den Tisch zu legen, um vielleicht über die Grenzen hinweg einen Austausch von Erziehern und Erzieherinnen hinzubekommen, was Kindertagesstätten und Kindergärten betrifft, verbunden mit entsprechender Ausbildung. So möchte ich es stehen lassen. Das wird unsere Arbeit in der September-Sitzung sein. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Frau GANTER:

Danke für diesen Spurt. Können wir diese vier Resolutionen zusammen versabschieden? Es gibt keinen Einwand für keine davon? Ich danke Ihnen. Wir kommen ans Ende der dichten und ausführlichen Arbeiten der Kommissionen. Danke an all diejenigen, die sich während des ganzen Jahres daran beteiligen!

Ich schlage ihnen jetzt noch zwei schnelle Überblicke vor. Frau Regierungspräsidentin, wenn Sie bitte noch einige Worte an uns richten würden. Vielen Dank auch für Ihre heutige Anwesenheit.

7. Die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Strategie 2030 - INTERREG VI TMO)

Aktuelles aus der Oberrheinkonferenz

- Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin Freiburg

Frau Bärbel SCHÄFER:

Ganz herzlichen Dank für die Gelegenheit kurz zu berichten. Ich würde gern auf zwei Punkte eingehen. Es ist ja gute Übung auch einen kurzen Überblick über INTERREG V zu geben, gerade jetzt da wir am Übergang zu INTERREG VI sind. Das kann ich aber relativ kurz machen, mit einer wirklich guten Nachricht. Ich hatte, als ich in Ihrer letzten Sitzung berichtet habe, gesagt, dass es Bereiche gibt, die uns noch einige Sorge machen. Diese Sorgen sind jetzt ganz verfliegen. Wir haben eine hohe Dynamik und können ziemlich sicher sagen, dass wir – Kollege PFLIEGERSDOERFFER nickt – alle Mittel, die wir zur Verfügung haben werden, abrufen können. Nochmal zur Erinnerung: 2020 geht diese INTERREG-Periode zu Ende und 2021 beginnt die nächste. Das ist zunächst eine ganz wichtige Nachricht, weil wir gute Projekte haben.

Wir werden im Bereich Mobilität ein ganz wichtiges Projekt auf der Agenda haben. Es ist noch nicht entschieden, aber die Vereinbarungen sind zwischen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und der Region Grand Est schon getroffen. Unser Projekt – wir nennen es REGIOLIS, Herr SCHREINER – wird darum gehen, Wagenmaterial gemeinsam zu beschaffen, damit wir im grenzüberschreitenden Nahverkehr komfortabel ohne umzusteigen die Züge über die Grenze bringen. Die Kooperationsvereinbarungen sind da. Die Anträge sind da und wir werden in der nächsten Sitzung, denke ich, über dieses Projekt entscheiden. Die Mittel haben wir zur Verfügung. Über die Größenordnung werden wir noch diskutieren, aber es sieht ganz gut aus.

Wir werden auch aus INTERREG die vertiefenden Studien Colmar-Freiburg finanzieren. Die gute Nachricht aus Berlin haben wir gehört. Ich will aber noch einen Satz ergänzen. Herr SCHREINER hat gesagt: Die Länder haben gekämpft. Das ist richtig. Aber die Abgeordneten auch. Unsere Abgeordneten sind wirklich beim Bundesverkehrsministerium auf der Matte gestanden. Ich sage es deshalb, weil es deutlich macht, wie wichtig diese grenzüberschreitende Kommission im Aachener Vertrag ist. Ich will Ihr Augenmerk darauf richten. Es kommt so unscheinbar daher: Es wird eine Kommission geben, die diese grenzüberschreitenden Strategien und Projekte weiter entwickeln wird. So wie im Moment vorgesehen, ist es eigentlich eine ideale Kombination. Dafür müssen wir kämpfen, dass es auch so kommt. Die Praxis, sprich die Regionen sind mitvertreten, wir werden mitvertreten sein. Es werden natürlich die Ressorts, sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite sein, aber es werden auch die Abgeordneten in diesem Gremium sitzen. Wir müssen wirklich darauf drängen, dass es so bleibt. Das ist der eigentliche Benefiz dieser Kommission, dass wir die Exekutive mit der Legislative in eine Kommission zusammenbringen, was für uns hier Alltag ist, aber auf Bundesebene grenzüberschreitend noch nicht so ist. Da kriegen wir eine Dynamik herein, da können wir Projekte, die politisch motiviert sind, auch umsetzen.

Der Schwenk, den das Bundesverkehrsministerium zunächst gemacht hat, besteht darin, zu sagen: Gut, wir sind aber der Auffassung, dass es regionale Projekte sind. Aber wenn die Projekte im Aachener Vertrag sind, kann kein Mensch behaupten, es seien keine nationalen Projekte. Dann sind es Projekte, die zwei Nationalstaaten betreffen. Auch das hat natürlich Auswirkungen auf die kommenden Projekte im Aachener Vertrag.

Zum Schluss noch, die Achse INTERREG V, wo wir die grenzüberschreitende Institutionen, die Zusammenarbeit bedienen, wird jetzt auch der Antrag für das Oberrheinsekretariat laufen. Ganz herzlichen Dank an Frau GANTER ! Auf den letzten Metern, wie so oft, wurde es nochmal schwierig. Ohne Sie hätten wir das nicht geschafft. Die letzten Hürden sind beseitigt. Das wird für uns eine ganz andere Qualität der Zusammenarbeit sein. Es gab immer wieder die Frage: Ist diese Resolution richtig formuliert, was muss man korrigieren? Ich erwarte mir viel davon. Wenn unsere Leute alle zusammen in Kehl in unserem Europa-Zentrum sitzen, auch in der Vorbereitung der Sitzung, der Abstimmung, glaube ich, dass wir viel gewinnen werden. Ich freue mich sehr darauf.

Es geht weiter mit INTERREG VI. Wir werden am 11. September eine Sondersitzung haben, wo wir die wesentlichen Ziele für das operationelle Programm strategisch besprechen. Was für uns sehr gut ist: Der zuständige Kollege bei der EU-Kommission (DG Regio) hat uns sein *Border Orientation Paper* übersandt. Jede Region bekommt in der nächsten Förderperiode mehr oder weniger eine Strategie vorgegeben, eine SWAT-Analyse, sozusagen ein Aufgabenheft. Da haben wir intensiv uns ausgetauscht und ich muss sagen, es passt für uns super. Es behindert uns nicht in dem was wir ohnehin vorhaben, sondern befördert uns.

Vielleicht ein kleiner Hinweis, Herr SCHÄFER. Es wird einen kleinen Bereich in der Wissenschaft geben. Da will die Kommission den grenzüberschreitenden Mehrwert etwas mehr betonen und sagen, nur wo Kompetenzzentren sind, sollen wir wissenschaftlich arbeiten. Da werden wir nochmal darüber reden.

Ich will aber an dieser Stelle etwas, das vorhin Herr MENTRUP angesprochen hat, unterstreichen. Wir reden viel über KI, über Klimawandel. Es ist klar, dass wir das grenzüberschreitend angehen müssen. Aber dann müssen wir auch in allen Gremien, in denen wir oder Sie sitzen, diese Oberrheinregion in den Fokus bringen. Es ist noch nicht überall angekommen. Es ist die Theorie, aber die Praxis „Wir sind hier eine Metropolregion, eine starke Region“, wie die Region Stuttgart Rhein-Neckar oder sonst eine, vergessen wir. Diese Stärke spielen wir noch nicht richtig. Da müssen wir noch ganz viele Antennen ausfahren.

Das gestattet mir auch die Überleitung zur Strategie TMO-2030. Wir sind eigentlich fertig. Wir hatten im Mai eine große Besprechung in Basel, wo wir die Inhalte fix gemacht haben. Jetzt sind wir am Ausformulieren. Wir hatten eine breite Beteiligung und eigentlich alle Vertreterinnen und Vertreter dieses grenzüberschreitenden Raums in unterschiedlichen Phasen am Tisch. Die Arbeitsebenen aller Säulen der TMO, die Sprecher, die Koordinatoren der TMO. Der ORR war wirklich gut vertreten. Die ORK war vertreten, die Eurodistrikte und das Städtenetz. Die Ergebnisse, die wir in unterschiedlichen Bürgerkonsultationen erreicht haben, wurden in das Konzept mitaufgenommen. Wir wollen am 5. Juli die TMO-Strategie in die ORK bringen und dort unterstützen lassen.

Ich würde sie an der Stelle bitten (wir würden es Ihnen natürlich auch zur Verfügung stellen), dass die TMO-Strategie bei Ihnen im ORR in Ihrer nächsten Sitzung etwas Raum einnehmen könnte und Sie diese vielleicht auch mitunterstützen. Ich glaube, das ist wichtig. Sie haben mitgearbeitet. Dann wäre es ein schönes Zeichen einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Das ist aber erst für Sie zumutbar, wenn der Text ausformuliert ist. Es sind elf strategische Ziele. Wir wollen sie aber herunterbrechen, operationabel machen. Wir haben diese Ziele konkret formuliert und präzisiert. Wir haben diese Strategie schon mit Projekten hinterlegt, die sich für uns schon abzeichnen oder in der Pipeline sind.

Natürlich, ganz wesentlich wird das Thema Klimaschutz, Klimawandel sein. Wir haben auch Leuchtturmprojekte für die Mobilität und für den Klimawandel, und für die Wirtschaft. Der Zukunftsprozess Fessenheim ist ein solcher. Aber lassen Sie mich an der Stelle wiederholen: Wir reden von Leuchttürmen, wir wollen den Oberrhein zu einer Modellregion machen, um dem Klimawandel entgegen zu treten. Aber was die konkreten Schwerpunkte angeht, wie KI im Bereich der Wissenschaft und Forschung, müssen wir noch viel konkreter werden. Da müssen wir den European Campus noch viel mehr als Nucleus verstehen, wo wir mit dem KIT, mit Straßburg, mit Freiburg, mit Basel unglaubliche Kompetenzen haben. Mein Eindruck ist, dass bei den Nationalregierungen, bei den Bundesländern, aber auch in Frankreich und in der Schweiz, es noch nicht so verinnerlicht ist. Da wird z.B. unsere Universität als Universität Freiburg gesehen und einer Universität in Stuttgart oder Ulm gegenübergestellt. Diese geballte Kraft mit dem European Campus ist noch nicht so in der Diskussion und in den Köpfen angekommen, wie wir das haben wollen.

Es wird noch ein wichtiger Schwerpunkt im Bereich Gesundheit liegen. Ganz klar, die Menschen erwarten von uns, dass sie Gesundheitsangeboten in viel besserer und leichter Weise wahrnehmen können. Da ist noch ganz viel Luft nach oben.

Zum Thema Mobilität will ich mich jetzt nicht auslassen. Das wird zum einen Herr SCHREINER noch tun. Zum anderen ist es ein Thema, das wir in der nächsten Sitzung besprechen können bzw. wo schon viele konkrete Projekte in Ihren Resolutionen enthalten sind.

Unser Ziel ist der 5. Juli, wenn der Entwurf in die ORK gehen wird. Wir wollen dann im Herbst eine Art feierliche Präsentation und Unterzeichnung, wie auch immer, machen. Das ist noch nicht im Detail festgelegt.

Ich glaube, mit dieser Strategie können wir nochmal deutlich machen, wie wichtig es ist, auf allen Ebenen ganz eng miteinander zu arbeiten. Bei der Entwicklung der Strategie hat es schon geklappt. Wenn wir jetzt schauen, dass wir noch konkret werden und Aufträge und Aufgaben verteilen, sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg. Ich will es an der Stelle erst einmal dabei belassen. Wenn Sie Fragen haben, selbstverständlich gerne.

(Beifall)

Herr Matthias ACKERMANN:

Kreis Südliche Weinstraße. Ganz kurz. Mir geht es um die INTERREG-Kleinprojekte. Ich hätte die große Bitte an Sie, dass Sie die Frage der bürokratischen Hürden transportieren könnten. Ich habe selbst als Teilnehmer eines solchen Projektes die Erfahrung gemacht. Für diejenigen, die es organisieren, eher eine Verhinderungsgeschichte, um es vorsichtig auszudrücken. Also, die bürokratischen Hürden, die Anforderungen an die Dokumentation sind derart hoch, dass diejenigen, die für solche Projekte in Frage kommen, größtenteils überfordert sind.

Ich hatte das mit dem Vize-Präsidenten Herrn FREY schon angesprochen, der die Thematik in einer Sitzung auch schon angesprochen hatte. Wenn die letzten Europawahlen etwas gezeigt haben, dann dass wir den Gedanken von Europa von ganz unten nach oben transportieren müssen. Das ist das Allerwichtigste.

Dieses Instrument im Rahmen der Kleinprojekte ist eigentlich optimal. Nur, so wie es ist ausgestaltet ist, holen wir da niemanden hinterm Ofen vor. Es müssen wirklich Änderungen stattfinden, sonst wird künftig dieses Instrument nicht in Anspruch genommen werden: Das wäre mir ein Herzensanliegen. Danke!

Frau SCHÄFER:

Vielen Dank für diesen Hinweis. Das wissen wir. Ganz einfach wird es natürlich werden, wenn wir, wie es in anderen Förderkulissen der Fall sein, Kleinprojektfonds haben, die nicht europäisch finanziert sind. Frau Landrätin DAMANN weiß Bescheid. Wo sich die Beteiligten irgendwann zusammen tun. Jeder legt, was weiß ich, 10 oder 20.000 Euro in den Topf des Hauses und fördert Kleinprojekte, ohne europäische Reglementierung. Das ist das Eine.

Das andere ist, wir sollten trotzdem diese Kleinprojekte ausnutzen, weil für die Kommission die Stärkung der Zivilgesellschaft im grenzüberschreitenden Bereich ein ganz starkes Ziel ist. Ich denke, wir haben schon etwas erreicht, indem wir ein Projekt in der jetzigen Förderperiode haben, dass die Eurodistrikte praktisch die Antragstellung übernehmen. Jemand, der ein Kleinprojekt hat, geht zu seinem zuständigen Eurodistrikt und der unterstützt ihn in ganz wesentlicher Weise und die Abwicklung wird von der Verwaltungsbehörde gemacht. Ich glaube, das ist schon ein Schritt. Es wird viel mehr Möglichkeiten der Pauschalierungen geben usw., wo man die Kosten nicht mehr im Einzelnen nachweisen muss.

Es bringt mich noch zu einem Punkt, auf den wir achten müssen, wenn wir die Leute auch konkret in ihrem Alltag ansprechen wollen. Wir hatten es vorher beim Thema KI, Frau MERABET. Wir hatten es beim Klima, dass die Karten immer an der Grenze aufhören. Es hört natürlich auch die Digitalisierung oft an der Grenze auf. Die Online-Portale, welche die Menschen zusammen bringen können, sind nicht immer so benutzerfreundlich. Es wird im Übrigen auch ein Schwerpunkt der Strategie sein unter dem Stichwort „*One shop only*“, dass die Leute eine zentrale Anlaufstelle haben und nicht hier in ein deutsches, dort in ein französisches Portal müssen. Dass wir auch bei der Digitalisierung einen großen Schritt nach vorne machen können. Es könnte bei diesen Bürgerbegegnungsprojekten das eine oder andere noch einfacher machen.

Herr Frédéric PFLIEGERSDOERFFER:

Ich möchte den Hintergrund für die Aussage von Frau Regierungspräsidentin noch etwas verdeutlichen. Im sog. BOP (*Border Orientation Paper*) wird zuerst betont, dass unser Gebiet von der Europäischen Kommission als sehr günstig betrachtet wird, denn sie spricht der Zusammenarbeit am Oberrhein Modellcharakter zu; der Gedanke als Beispiel für den weiteren Bau Europas zu fungieren kommt mehrfach wieder.

Gerade beim Problem der Kleinvorhaben (wo ich Frau SCHÄFER nur zustimmen kann) werden wir in den kommenden Tagen im Begleitausschuss die Mittel, die wir den Kleinstprojekten widmen möchten, verdoppeln. Aber darüber hinaus will die Europäische Kommission für die Programmperiode 2020-2027 ihnen bis zu dem Zehnfachen widmen von dem was wir bisher diesem Problem zugewiesen hatten.

Sie sieht auch vor, dass die Mindestbeträge gesenkt werden, aber das ist nur möglich – Sie sagen es zu Recht –, wenn man die gesamten Zwänge und Kontrollen der zuständigen Verwaltungsbehörde erleichtert, angefangen bei der Europäischen Kommission.

Einer der Wege, den wir egal welche Verwaltungsbehörde befürworten, besteht darin, dass ein Teil der Mittel den Eurodistrikten anvertraut werden, die somit zusätzliche Kompetenz erlangen könnten. Es gibt eine Abkürzung, nämlich ITI, die es ermöglicht in dieser Hinsicht mehr Verantwortung auszuüben. Die Angelegenheit steht noch offen, aber für die Projektträger und eine Erleichterung ihrer Behördengänge günstig. Es ist offensichtlich, dass dieses Papier, das wir erhalten haben und das noch diskutiert werden soll, die gesamten mit Infrastrukturen und Zügen verbundenen Investitionen vorzüglich behandelt.

Frau SCHÄFER :

Ganz kurz eine Ergänzung oder ein Vorschlag. Wir haben dieses *Border Orientation Paper* übersetzt. Ich glaube, es gibt es auf Englisch, Französisch, Deutsch. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, es zu verschicken. Es lässt sich wirklich sehen. Es gibt darin Perspektiven, Ratschläge. Das Papier ist auch dynamisch; nicht alles, was darin steht muss so gelebt werden. Wir sind im ständigen Austausch mit der Kommission. Es ist aber auch eine große Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit, die wir alle am Oberrhein gemacht haben. Auch weil wir immer über Strukturen diskutieren (haben wir zu viele, haben wir die Richtigen), glaube ich, dass diese Rückmeldung einer Kommission, die ganz Europa im Blick hat, uns ein bißchen Sicherheit geben darf, dass wir nicht ganz verkehrt unterwegs sind.

Herr PFLIEGERSDOERFFER:

Ich bin ganz dafür, dass es weitergeleitet wird, aber es muss dabei sehr Acht gegeben werden auf das, was Frau Regierungspräsidentin soeben sagte. Auch die Kommission ist besonders umsichtig. Dieses Papier ist dazu bestimmt, im Dialog verändert und angereichert zu werden. Anlässlich einer Sitzung vor wenigen Stunden haben wir es schon stark angereichert, insbesondere im Hinblick auf Dinge, die heute Vormittag angesprochen wurden, denn wir haben Einzelheiten über das Grundwasser und die Klima-Erwärmung hinzugefügt. Man sollte sich nichts vormachen: Es ist wirklich ein Arbeitspapier. In Frankreich nennt man so einen Arbeitsentwurf eine Marterschrift. Wenn er also in Umlauf gebracht wird, darf es keine Reaktionen auf den ursprünglichen Verfasser geben, sondern nur auf diejenigen wie wir, die wir unseren Standpunkt einbringen müssen.

Frau GANTER :

Wir verfügen noch nicht über die französische Fassung, aber sie wird nächste Woche kommen. Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diese Worte.

8. Aktuelles über die Arbeit der Oberrheinkonferenz

Aktuelles aus der Oberrheinkonferenz

- Werner SCHREINER, Vize-Präsident der Oberrheinkonferenz

Herr SCHREINER:

Danke für die Einladung heute. Ich darf ihnen die Grüße von Frau Regierungspräsidentin ACKERMANN aus Basel überbringen, die leider nicht präsent sein kann. Ich möchte zwei Dinge aufnehmen, die gerade eben noch diskutiert wurden.

Das eine war, dass wir gut aufgestellt sind. Das gilt insbesondere, weil wir der Europäischen Kommission gegenüber gemeinsam aufgetreten sind. Wir hatten Schwerpunkte gebildet; Schweiz, Deutschland, Frankreich. Jeder hat ein Projekt für alle vertreten. Das hat einen sehr guten Eindruck gemacht. Wir waren politisch und sachlich sehr gut aufgestellt. Insofern kamen wir einen großen Schritt weiter.

Was die INTERREG-Anträge angeht, muss man sehen, woher das Kontrollsystem kommt. Immer wenn es ganz scharfe Kontrollen gibt, gab es irgendwann „Abus“, wie man so sagt. Es ist sehr aufwendig. Mithilfe der PAMINA bin ich inzwischen angehender Dr. INTERREG, weil ich das schon ein paar Mal gemacht habe. Es ist sehr intensiv zu bearbeiten.

Der Abstimmungsprozess für alle Papiere hat diesmal etwas länger gedauert. Vielleicht packen wir es gemeinsam. Das möchte ich vorab sagen: Vielleicht schaffen wir es, dass wir uns die Resolutionen und alles etwas früher zustellen, dann können wir noch ein bißchen besser daran arbeiten und müssen uns hier in der Sitzung nicht mehr quälen.

Der Vertrag von Aachen ist doch ein großer Zusatzaufwand für uns, weil wir überzeugt sind, dass wir damit etwas Gutes machen können. Frau SCHÄFER hat jetzt berichtet über den Ansatz des BMVI. Frau SCHÄFER, wenn Sie die Sitzung in Bonn erlebt hätten, hätten Sie geglaubt, Sie sind auf einem andern Stern, wie das Außenministerium und das Verkehrsministerium sich gestritten haben, wer letztlich für den Vertrag zuständig ist, dass sie nichts geben, weil die Länder ohnehin alles haben. So waren die Parolen und wir waren nahe dazu, das Buch zuzumachen. Ich habe gesagt, die Länder sparen Geld, wenn wir jetzt heimfahren. Wir haben uns jetzt auf einen Termin Ende Juni geeinigt.

Zum Jahresende hat die Schweizer Delegation die Präsidentschaft übernommen: „*Gemeinsam Gegenwart und Zukunft zu gestalten*“ ist das Hauptthema. Vor allem geht es darum, herauszufinden, wie junge Leute die Arbeit im Oberrhein sehen. Es wird dazu mit einer Befragung im trinationalen Kontext auf die Jugendlichen zugegangen. Etwa tausend junge Erwachsene zwischen 19 und 29 Jahren, je ein Drittel aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz werden gefragt, welche Erwartungen und Anregungen sie für die Arbeit am Oberrhein haben. Es gibt einen ausgeklügelten Verteiler. Wir haben es in der Präsidiumssitzung intensiv besprochen.

Ein weiteres unserer Themen ist Umweltschutz. Es wird einen Klima und Energie-Kongress dazu am 17. Oktober geben. Nur ein kleiner Hinweis. Ich war gestern im Departement Meurthe-et-Moselle. Grundschüler aus Belgien, Frankreich, Luxemburg und Deutschland haben zusammen ein ganz tolles Projekt zum Klimaschutz zustande gebracht. Obwohl sie nicht alle der Sprache des Nachbarn mächtig waren, haben sie ganz toll zusammengearbeitet. Am ersten Tag eher in nationalen Gruppen und am Ende sehr gemischt haben sie das Projekt gemeinsam präsentiert. Das wäre ein gutes Beispiel.

Zurück zum Oberrhein. Wir haben im Rahmen der Museumsnacht den ersten Ansatz gemacht, neue Möglichkeiten für den Austausch im Kulturbereich zu schaffen. Das 20jährige Jubiläum des Museumspasses soll weiter dazu dienen, ihn zu begleiten.

Wirtschaft und Arbeit. Die Wettbewerbshemmnisse, Fachkräftemangel in den Pflegeberufen und die Weiterführung unserer Gesundheitsprojekte in der Region TRISAN stehen auf dem Weg. Grenzüberschreitende Hindernisse. Ich gehe davon aus, dass einige Kollegen aus Deutschland, so wie ich, widerrechtlich oder nicht richtig ausgerüstet hier sind. Wir haben nämlich die A1-Bescheinigung nicht dabei. Das ist der Titel, den man braucht, wenn man ins Nachbarland fährt, um nachzuweisen, dass man sozialversichert ist. Ich bin gerade vorgestern wieder darauf hingewiesen worden, wenn ich nach Brüssel fahre und dort für unsere Stadt tätig bin. Also, das ist ein Beschäftigungsprogramm, vor allem wenn ich an alle Teile der öffentlichen Verwaltung denke, die das in Zukunft mitführen müssen. Das Problem sind insbesondere die

nichtgewerblichen Berufe. Bei gewerblichen Berufen kann ich es noch verstehen, dass man den Mindestlohn nicht unterschreitet usw. Das ist ja der Sinn, der dahinter steht.

Förderung der Mehrsprachigkeit ist auch ein großes Thema für die Schweizer Kollegen. In den Bereichen Raumordnung und statistische Raumbearbeitung arbeiten wir auch. Wir haben im Rahmen meiner Präsidentschaft im vergangenen Jahr und heute auch schon darüber gesprochen, dass wir gemeinsam viel auf den Weg gebracht haben für die Zusammenarbeit am Oberrhein. Wir bitten unbedingt, die Resolution, die Sie gefaßt haben, dem beliebten Verkehrsministerium zukommen zu lassen, denn es muss einfach wissen, was draußen gedacht wird. Frau ACKERMANN hat bereits als Präsidentin der ORK ein Schreiben gesandt, um zu versuchen, die Strecken, die wir genannt haben, im europäischen Programm aufzunehmen.

Auf dem Sportfeld und im Sport arbeiten wir gemeinsam gut zusammen. Es gilt, nochmal das aufzunehmen, was der Abgeordnete SCHWARZ gesagt hat. Die Hindernisse, die wir im grenzüberschreitenden Sport haben, müssen wir einfach beseitigen. Es kann nicht sein, dass wir den Marathonlauf nicht über die Grenze durchführen können, nur weil einer nicht die ärztliche Bescheinigung hat, weil er nicht über Vereine angemeldet werden kann. Da ist einfach noch Bürokratie, die wir nicht brauchen. Wir werden es auch auf unserer nächsten Tagesordnung am 5. Juli in Muttenz behandeln.

Die ORK steuert knapp 35.000 Euro aus dem Kooperationsfonds bei für das gemeinsame Sekretariat. Das haben wir so beschlossen. Es handelt sich (ich wurde gebeten, darauf hinzuweisen) um eine Anschubfinanzierung des geplanten INTERREG-Projekts. Anschließend müssen Sie sich Gedanken machen, wie Sie die Finanzierung heben. Das Büro wird ja in der Villa Rehfus in Kehl eingerichtet und ich hoffe, dass wir daraus eine verbesserte Kooperation sehen können. Ich gehe davon aus, dass die geplante Zusammenarbeit unserer Projekte am Oberrhein uns weiterbringt, damit die Bürger von den gemeinsamen, auch finanziellen Anstrengungen den größtmöglichen Nutzen haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Frau GANTER :

Fragen ? Wenn nicht, dann vielen Dank, Herr SCHREINER. Ich möchte nun Herrn SCHWARZ das Wort erteilen, denn es geht um eine Ehrung.

9. Verschiedenes

Herr SCHWARZ:

Es geht um eine Angelegenheit, die mir sehr wichtig ist. Sie wissen es alle, der ORR besteht seit 1997, also seit 22 Jahren mit allen seinen Kommissionen. Es gibt jemanden, der immer im Hintergrund gearbeitet hat aber dabei sehr wertvolle Arbeit geleistet hat. Der ist heute mit dabei in seiner letzten Plenarsitzung. Es ist der Mitarbeiter aus der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz, der Hubert BEERES, der hinter mir sitzt und jetzt ganz erstaunt schaut, weil er nicht weiß, dass ich mich jetzt ganz offiziell bei ihm für die 22 Jahre, die ganz tolle Begleitung und das Vor- und Zuarbeiten in die Kommissionen ganz herzlich bedanken möchte.

Es hat zwar noch eine Kommissionssitzung im September, aber im Plenum ist er das letzte Mal. Ich möchte einfach die Gelegenheit nutzen, ihm persönlich und vielleicht auch im Namen von Ihnen allen ganz herzlich für seine Arbeit zu danken.

(Beifall)

Herr Hubert BEERES:

Herzlichen Dank !

Frau GANTER:

Vielen Dank. Einen guten Ruhestand

Herr Dr. von WARTBURG:

Die Schweizer Delegation wurde von der Delegation Baden-Württemberg gebeten zu prüfen, ob wir bei der Präsidentschaft, die eigentlich von Frau GANTER auf die Schweiz wechseln würde, tauschen würden. Wir haben es in der Delegation besprochen und möchten dem gern zustimmen. Der Grund ist, dass in Baden-Württemberg 2021 Wahlen sind. Es würde also nicht passen. Bei uns sind auch Wahlen aber 2020. Von daher ergibt sich dieser Tausch ideal. Es gab schon einmal einen solchen Tausch. Es ist somit wieder ein Rücktausch im alten Rhythmus.

Frau GANTER:

Vielen Dank für diese Information. Ich darf noch unsere nächste Plenarsitzung am 20. Dezember 2019 ankündigen. Wir werden versuchen, uns kürzer zu fassen. Das Anliegen unserer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist so wichtig, dass wir uns diesmal etwas mehr Zeit genommen haben als vorgesehen. Aber das Mittagsbuffet besteht noch und ich lade Sie herzlich in den Nebensaal ein. Ich danke Ihnen allen für Ihre Teilnahme!

Ende der Sitzung